Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 239. Donnerstag, den 12. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kampf gegen die Not.

Am 17. Oktober tritt der Reichstag wieder zusammen. Seine erste und dringlichste Aufgabe wird in der Beratung der Notstandsinterpellation liegen, die von sozialdemokratischer Seite bereits angekündigt worden ist. Regierung und Parlamentsmehrheit werden dann endlich Farbe bekennen müssen, und es wird sich zeigen, ob sie zu einer ernstlichen Bekämpfung der furchtbaren Teuerung entschlossen sind, oder ob sie das darbende Volk mit unzulänglichen und unwirksamen Palliativmittelchen abspeisen wollen.

Bisher hat allerdings die Regierung des Reiches wie die Preußens alle wirksamen Maßregeln unterlassen. Nicht einmal dazu hat sie sich aufzuraffen verstanden, das infame System der Einfuhrscheine, das die Staatskassen schädigt und das deutsche Getreide ins Ausland treibt, endlich zu beseitigen. Die preußische Regierung hat nur den allerdings gescheiterten Versuch gemacht, die Aufmerksamkeit des Volkes von den Sünden der agrarischen Wirtschaftspolitik abzulenken und den Handel und die Gemeindeverwaltungen mit billigen Ermahnungen zu bedenken. So gerechtfertigt diese auch sonst sein mögen, die Verteuerung der dringendsten Volksbedürfnisse ist ins Unerträgliche erst gesteigert worden durch die Politik der Wucherzölle, die den Agrariern Milliarden aus den Taschen der Armen zugeschanzt und den Kartellmagnaten die Ausplünderung der Massen so außerordentlich erleichtert hat.

Hier ist auch der Punkt, wo der Reichstag einsetzen muß. Beseitigung der Einfuhrscheine und Abschaffung aller Zölle auf Lebensmittel, Ermöglichung der zollfreien Einfuhr gesunden Viehs und des überseeischen gefrorenen Fleisches, das sind Mittel, die der herrschenden Teuerung abhelfen können, und sie sind die einzig wirksamen, neben denen alle anderen erst in zweiter Linie kommen.

Freilich es ist kein Zweifel, daß die Nutznießer des Brot- und Fleischwuchers alles aufbieten werden, um gründliche und wirksame Maßnahmen zu verhindern. Die Ritter und die Heiligen werden wiederum im Zeichen der Volksausplünderung zusammenstehen. Das Verhalten der Zentrumspresse gibt uns ja schon einen schönen Vorgeschmack von der zu erwartenden Volksverhöhnung. So sucht sich die Presse der schwarzen Agrarier damit herauszureden, daß die gegenwärtige allgemeine Teuerung in der Hauptsache nicht auf die Zollpolitik, sondern auf die Dürre und den dadurch hervorgerufenen Mißwachs zurückzuführen sei. Als ob die hohen Brotpreise — und die schon jetzt unerschwinglichen Fleischpreise werden gleichfalls bald noch mehr in die Höhe klettern — deshalb weniger empfunden würden, weil jetzt auch das Gemüse, die Kartoffeln, das Obst, Eier, Milch usw. so teuer geworden sind! Als ob es nicht gerade angesichts der durch die Dürre verursachten allgemeinen Preissteigerungen doppelt am Platze wäre, alles zu tun, um wenigstens die durch die agrarische Beutegier, durch Zollwucher und Grenzsperren in die Höhe getriebenen Brot- und Fleischpreise nach Möglichkeit herabzusetzen!

Eine ebenso skrupellose Demagogie ist es, jetzt dem Zwischenhandel die Hauptschuld an den Notstandspreisen zuzuschreiben, wie das in der Presse des schwarzblauen Blocks geschieht. Daß der Zwischenhandel die Verbrauchsartikel verteuert, ist gerade von der Sozialdemokratie stets gebührend hervorgehoben worden. Aus dieser Erkenntnis sind ja gerade die proletarischen Konsumvereine hervorgegangen. Wer aber hat stets gegen die Konsumvereine gewettert? Wer hat sie durch exorbitante Steuern zu erdrosseln versucht? Die Herren vom schwarzblauen Block, die jetzt nicht nur gegen die Getreide- und Viehhändler, sondern auch gegen Bäcker- und Schlächtermeister gar nicht genug losziehen können!

Der Redensarten hat das darbende Volk genug gehört, es verlangt jetzt Taten, durchgreifende Maßnahmen, die ihm billige Nahrungsmittel verschaffen!

Daß das arbeitende Volk unter der herrschenden Teuerung furchtbar zu leiden hat, kann auch der skrupelloseste Schönfärber nicht leugnen. Wenn bereits vor einigen Jahren vor der Beamtenbesoldungsreform im Organ der Postassistenten darüber geklagt wurde, daß bei den herrschenden Teuerungsverhältnissen im Haushalt dieser mittleren Beamtenschichten das Fleisch geradezu zum Luxusartikel geworden sei — wie sollen da heute die Proletarier unter den viel schlimmeren Teuerungsverhältnissen ihre Bedürfnisse mit einem weit geringeren Einkommen zu befriedigen vermögen??

In der nächsten Zeit wird sich auch das arbeitende Volk Lübecks zu einer wuchtigen Protestkundgebung zusammenfinden, um Einspruch gegen eine Politik des Brot- und Fleischwuchers zu erheben, die gerade angesichts der allgemeinen Teuerungsverhältnisse als frivolste Verhöhnung der Volksnot empfunden werden muß! Mit unzweideutiger Schärfe wird auch das Lübecker Proletariat sein Urteil über diese Politik der Volksaushungerung aussprechen und die durch die verzweifelte Lage gebotenen Forderungen erheben.

Dann werden Regierung und Parlamentsmehrheit das Wort haben.

Das letzte Wort aber hat das Volk bei den bevorstehenden Reichstagswahlen!

Vom Krieg.

Auf dem Kriegsschauplatz geht es recht gemütlich her. Gelegentlich kommt es mal zu einem kleinen Scharmützel, wie in der Nacht zum 10. Oktober, wo die Türken einen Angriff auf die Stadt Tripolis unternommen haben. Über denselben bringt die „Agenzia Stefani“ folgende ausführliche Mitteilung: Gegen 1¾ Uhr morgens wurde der italienische Posten bei dem Bumilianabrunnen von den Türken angegriffen. Nach einem etwa eine halbe Stunde währenden Gefecht zogen sich die Angreifer unter Verlusten zurück und ließen auf dem Kampfplatze Tote, Verwundete und mehrere Gewehre. Ein verwundeter Türke, der gefangen genommen wurde, erklärte, daß die angreifende Streitmacht aus zwei Abteilungen Infanterie und einer Abteilung Kavallerie, im ganzen aus 300 Mann bestanden habe. An dem Kampfe nahmen auch die Schiffsgeschütze der „Sardegna“ und des „Carlo Alberto“ teil, die nach vorher verabredeten Signalen feuerten. Eine im Morgengrauen ausgeführte Rekognoszierung ergab, daß in dem Gelände vor der ganzen italienischen Front vom Feinde nichts zu sehen war.

Wie dasselbe Blatt meldet, ist der Regierung mitgeteilt worden, daß ein großer Teil der Bevölkerung von Tripolis seit einiger Zeit Mangel an Lebensmitteln leidet; die italienische Regierung sandte infolgedessen das Militär-Transportschiff „Garigliano“ mit Lebensmitteln dorthin. „Garigliano“ traf in Tripolis ein.

Der Admiral Faravelli hat eine Kundgebung an die Bevölkerung von Tripolis gerichtet, die sich in schönen Redensarten ergeht, aber nichts Wesentliches sagt.

In Skutari wurden alle Italiener auf das Polizeibureau berufen, wo sie unter schweren Drohungen davon in Kenntnis gesetzt wurden, daß sie alle als ottomanische Untertanen betrachtet würden und sich im Falle einer Zuwiderhandlung gegen gerichtliche Aufforderungen vor dem Kriegsgericht zu verantworten hätten.

Politische Rundschau

Deutschland.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Die Zentrumspresse und der Abgeordnete Müller-Fulda können sich immer noch nicht über die Stichwahlverhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im Jahre 1907 beruhigen. Die Zentrumspresse sucht es so darzustellen, als ob Müller-Fulda bei seiner Anfrage an Singer lediglich als Privatperson gehandelt habe. Das war nicht der Fall.

In Köln waren damals einige führende Abgeordnete des Zentrums beisammen und berieten über die Stichwahltaktik des Zentrums. Der Abgeordnete Müller-Fulda hatte für den 29. und 30. Januar ausdrücklich als Adresse angegeben „z. Zt. Köln a. Rh., Altenbergerstraße 4, Generalsekretariat der rheinischen Zentrumspartei“. An diese Adresse ging auch der Brief des Genossen Bebel. Müller bedurfte dieser Information also offenbar in der Sitzung des engeren Ausschusses.

Am 30. Januar antwortete der Abg. Müller-Fulda aus Köln (nicht nach Köln, wie es infolge eines Druckfehlers in der letzten Veröffentlichung hieß) zunächst telegraphisch: „Auch wir stellen prinzipielle Bedingungen von welchen Unterstützung abhängt.“

Dieses Telegramm trug sicherlich keinen privaten Charakter.

Wenn die klerikale Presse und der Abg. Müller-Fulda weiter behaupten, daß mit dem Briefe des Abg. Müller-Fulda vom 30. Januar 1907 der Verkehr zwischen Müller-Fulda und dem sozialdemokratischen Parteivorstand erledigt gewesen sei, so ist auch das nicht richtig. Der Abg. Müller-Fulda hat am 31. Januar aus Frankfurt a. M. noch folgendes Telegramm an den Genossen Singer gerichtet:

„In Offenbach, Frankfurt, Hanau, Friedberg Enthaltung. Kompromisse mit Liberalen wegen Mainz und Höchst haben wir abgelehnt.“

Wahlagitation im Ramsch.

Die „nationalen Parteien“ in Berlin setzen bereits mit der Wahlagitation ein. Sie haben einen Saal mittlerer Größe gemietet — für ganz Berlin! — Dort werden die nationalen Kandidaten für alle sechs Kreise den Besuchern gezeigt. Daraus geht hervor, daß die „Nationalen“ selbst ihren Anhang in Berlin recht gering beziffern.

Hirngespinste.

Die „Post“ hat sich von „parlamentarischer Seite“ einen riesigen Bären aufbinden lassen. Es ist ihr angeblich mitgeteilt worden, daß die Linke des Reichstages Obstruktion treiben wolle, damit nichts mehr zustande käme. Sie führt zu dieser Meldung aus:

„Befremdlicherweise scheint sich dieses Bestreben, jetzt so wenig wie irgend möglich noch zustande kommen zu lassen, nicht auf die demokratischen Parteien zu beschränken, man hat vielmehr auch Grund zu der Annahme, daß Herr Bassermann die Nationalliberalen in derselben Richtung zu führen gedenkt. Man wird daher damit rechnen müssen, daß die ganze oppositionelle Minderheit nach Kräften dahin wirken wird, die Arbeiten des Reichstages so unfruchtbar wie möglich zu machen. Erleichtert wird diesen Parteien die Durchführung dieser Taktik durch die bei der Nähe der allgemeinen Neuwahlen vielseitig ohnehin vorhandene Tendenz, den Resonanzboden der Reichstagstribüne zur Wahlagitation zu mißbrauchen.

Es wird daher bei den auf positive Arbeit bedachten Parteien des Reichstages wie bei der Regierung großer Geschicklichkeit und großer Energie bedürfen, um wenigstens die wichtigsten Teile der noch der Erledigung harrenden gesetzgeberischen Aufgaben vor Toresschluß unter Dach zu bringen.“

Die positive Tätigkeit des Reichstags war freilich so, daß die Wähler allen Anlaß haben zu wünschen, daß dieser Arbeit ein Ziel gesetzt wird. Es ist aber nicht wahr, daß die Absicht der Obstruktion besteht. Man weiß auch garnicht, wo man den parlamentarischen Mitarbeiter der „Post“ suchen soll. Der Vorsitzende der Fraktion der Reichspartei, Fürst Hatzfeldt, hat die „Post“ ausdrücklich abgeschüttelt, irgend eine andere Fraktion der Rechten hat natürlich keine Lust mit einem Blatte wie die „Post“ identifiziert zu werden, sodaß die Annahme naheliegt, daß eben ein Hausdiener des Reichstags die Quelle ist, aus der die „Post“ ihre parlamentarischen Informationen bezieht.

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Der sogenannte „Bund der Festbesoldeten“, eine Beamtenorganisation, nahm Stellung zur Teuerung und beschloß, von der Regierung wie von den Gemeinden Teuerungszulagen für die Beamten für die Dauer der Teuerung zu verlangen. Falls die erbetene Hilfe versagt wird, soll der Bund mehr die Selbsthilfe organisieren, es soll mit allen Mitteln auf die Schaffung von Konsumvereinen, Einkaufsgenossenschaften usw. hingewirkt werden.

Der Verband der Berliner Gemeinde- und Staatsbeamten hielt Montag abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, in der der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Weyll über die steigenden Lebensmittelpreise sprach. In der Resolution fordern die Versammelten, daß der Berliner Magistrat schleunigst entsprechende kommunale Maßnahmen zur Linderung der Not treffe.

Nach einer Meldung der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ soll die Reichsregierung außer den bereits vom Bundesrat beschlossenen und amtlich veröffentlichten Maßnahmen keine weiteren Schritte gegen die Teuerung zu unternehmen beabsichtigen. Insbesondere denke sie nicht daran, eine Änderung des Einfuhrsystems vorzunehmen. — Das letzte Wort in dieser Frage wird doch wohl vom Reichstage demnächst gesprochen werden.

Abgelehnte Sammelkandidatur.

Für den Wahlkreis Wiesbaden war der dortige Regierungspräsident Dr. von Meister als Kandidat der bürgerlichen Parteien in Aussicht genommen worden. Herr von Meister war auch bereit, diese Kandidatur anzunehmen, stellte aber die Bedingung, daß alle bürgerlichen Parteien für ihn eintreten müßten. Diese Einigung war jedoch nicht zu erzielen, weshalb Herr von Meister ablehnte. Für die Sammelpolitik, die von dem Organ des Kanzlers, der „Nordd. Allg. Ztg.“, so eifrig befürwortet wird, entwickeln sich da recht betrübliche Aussichten.

Die Marokko-Interpellation.

Wie die „Tägl. Rundschau" erfahren haben will, soll die Marokko-Interpellation am dritten Tag nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags verhandelt werden. Der Reichskanzler werde sich jedoch auf eine ausführliche Beantwortung nicht einlassen, sondern nur eine kurze Erklärung abgeben. — Vermutlich handelt es sich bei dieser Meldung des alldeutschen Blattes um die Leistung eines zeilenhungrigen Schmocks. Bei Interpellationen wird im Reichstag so verfahren, daß der Präsident den Reichskanzler oder seinen Stellvertreter fragt, ob er die Interpellationen beantworten wolle. Wird diese Frage bejaht, dann erhalten der Reihe nach die Interpellanten das Wort zur Begründung. Daß in einer Situation, wie sie durch die Marokko-Aktion geschaffen wurde, der Reichskanzler nach einer ausführlichen Begründung der Interpellationen, nur eine kurze Erklärung abgeben könnte, erscheint völlig ausgeschlossen. Wenn bis zum Zusammentritt des Reichstags die Marokko-Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gebracht ist, dann wird die Regierung einfach erklären lassen, daß sie die Interpellationen später beantworten werde und damit ist nach altem Brauch die Angelegenheit auf kurze Zeit vertagt. Anders ist es, wenn die Regierung erklärt, sie lehne eine Beantwortung der Interpellationen überhaupt ab, dann kann das Haus einfach die Verhandlung der Interpellationen beschließen und die Verhandlungen pflegen dann in Abwesenheit der Regierung vor sich gehen. Letzteren Weg werden die Herren v. Bethmann-Hollweg und Kiderlen-Wächter ganz bestimmt nicht einschlagen.

Anleitung für konservative Agitationsleiter.

Fortschrittliche Blätter sind in der Lage, eine vertrauliche Anweisung zu publizieren, die der Vorsitzende des konservativen Kreisvereins Wohlau, Herr Voigt in Tapiau, an die Vertrauensmänner des Kreises ergehen ließ. Die Anweisung zeigt die konservative Methode der Mitgliederwerbung so prächtig, daß der Teil der Anweisung, der sich mit der Vorbereitung und Leitung konservativer Versammlungen befaßt, hier folgen möge:

„Ob die Versammlung mit einem Kaiserhoch eröffnet wird, hängt von der Zahl der Erschienenen ab (etwa von 20 an). Dann aber hat unbedingt und unter allen Umständen folgendes sofort zu erfolgen: Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß nur konservative Männer geladen sind. Sollten dennoch dies einige mißverstanden haben und politisch Andersdenkende da sein, dann mögen sie den Saal verlassen. Diese Aufforderung geschieht in einem sachlichen, ruhigen und freundlichen Ton; darauf eine kurze Pause. Dann sofort ein wuchtiger Appell an die Ehre und Wahrhaftigkeit der Gebliebenen, die sich hiermit in der breitesten Öffentlichkeit als Mitglieder der konservativen Partei bekannt haben. (Nun findet der Vortrag statt) Der Vorsitzende bittet hierauf die Erschienenen, ihre schon bekundete konservative Gesinnung nun auch in die so unendlich notwendige praktische Tat umzusetzen und sich in die Liste als Mitglied des konservativen Kirchspielvereins einzuzeichnen. Sofort erhebt sich jetzt der dazu im voraus bestimmte Vertrauensmann, geht mit einer sorgfältig und sauber vorher angefertigten Liste zu jedem Anwesenden persönlich, ersucht sehr liebenswürdig und sehr zähe um Einzeichnung und womöglich auch um Bezahlung der gezeichneten Beiträge. (Letzteres nach Belieben, jedoch nicht unter 50 Pfg., für Arbeiter bis zu 10 Pfg.) Die im Kreisverein Organisierten müssen schon vorher mit den von ihnen gezeichneten Beiträgen auf der Liste stehen. Niemand darf jetzt den Saal verlassen. Daher muß der Vorsitzende kurz vorher noch ein gemütliches Zusammenbleiben vorschlagen, wie z. B. in einer Kriegervereinsversammlung. Dann wird die Liste durchgesehen. In recht eindringlichen, herzenswarmen Worten werden die in der Liste Eingetragenen daran erinnert, daß sie als deutsche Männer ihr Wort verpfändet haben. Kurzes Streifen der elenden politischen Heuchelei bei der letzten Wahl. Dann feierlicher Schluß mit einem Kaiserhoch und — wo es angebracht ist — Absingen eines patriotischen Liedes."

Die schöne patriotisch-konservative Stimmung, die mit diesen Mitteln erzeugt werden soll, steht freilich sofort in Gefahr, wenn Arbeiter zugezogen sind, deren Denkvermögen noch nicht ganz verloren gegangen ist, deshalb ist der Herr Vogt so vorsichtig, vor Arbeitermitglieder zu warnen:

„Bei der Auswahl der Landarbeiter muß jedenfalls mit der größten Vorsicht vorgegangen werden, da bei ihrem Bildungsgrad, ihrer Scheu vor der Öffentlichkeit und ihrer vielfach versteckten Gesinnungsroheit ein Eintreten für die Sozialdemokratie im Wahlkampfe zu befürchten ist. Hier der Grundsatz: „Lieber etwas weniger Arbeitermitglieder, als zu viel Unsichere."

Da haben wir das Rezept, nach dem die Konservativen allenthalben arbeiten. Bisher war ihnen besonders in Ostpreußen jede Organisation außer dem Bunde der Landwirte fremd, die Furcht vor der Sozialdemokratie treibt sie, mit großem Eifer an dem Aufbau einer rein politischen Organisation mit den in der Anweisung geschilderten Mitteln zu arbeiten. Die Konservativen werden auch in Ostpreußen zu spät kommen, alle Kaiserhochs und sonstigen dekorativen Mätzchen in den Bauernfangs-Versammlungen vermögen das Erwachen der Bevölkerung in den Junkerdomänen nicht aufzuhalten.

Die Schiffahrtsabgaben.

Wider Erwarten war die Schiffahrtsabgaben-Kommission, die am Dienstag im Reichstage ihre Arbeiten wieder aufnahm, beschlußfähig und konnte daher in die Beratungen eintreten. Die Regierung ließ durch den Staatssekretär Dr. Delbrück erklären, daß sie auf die Verabschiedung dieses Gesetzes großen Wert lege. Der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach schloß sich dieser Erklärung an und betonte weiter, daß das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt jedes finanzielle Interesse des Reiches oder der Einzelstaaten ausschließe; vielmehr sei das Gesetz als ein reines Meliorationsgesetz zu betrachten. Ministerialdirektor Dr. Peters erklärte, daß die Regierung mit den Vermittelungsanträgen des Zentrums einverstanden sei. Nach diesen Anträgen soll die in erster Lesung beschlossene Kanalisierung der Mosel und der Lahn in zweite Linie gerückt werden. Zunächst sollen die von der Regierung genannten Stromstrecken ausgebaut werden. Von fortschrittlicher Seite wurden die Anträge des Zentrums bekämpft.

Das Schicksal der Strafprozeß-Novelle.

Staatssekretär Dr. Lisco hat am Dienstag mit einigen Abgeordneten, die der Kommission angehört haben, über das Schicksal der umfangreichen Strafprozeß-Novelle konferiert. Die Entscheidung darüber liegt natürlich beim Seniorenkonvent. — Es dürfte nach Lage der Sache ausgeschlossen sein, daß dieses Gesetz im Plenum noch verabschiedet werden kann. Dieser Meinung ist schon vor der Vertagung des Reichstages in einer Besprechung der Kommissionsvorsitzenden Ausdruck verliehen worden.

Der Stand der Marokkofrage.

Die „Nordd. Allg. Zeitg." teilt an der Spitze ihrer Ausgabe vom Mittwoch mit:

„Der auf Marokko bezügliche Teil des deutsch-französischen Abkommens ist heute hier paragraphiert worden. Die damit zusammenhängenden Kompensationsverhandlungen sind wieder aufgenommen worden."

Daraus geht also aus der diplomatischen Sprache in verständliches Deutsch übertragen hervor: Die Verhandlungen, soweit sie die künftige wirtschaftliche Stellung Deutschlands in Marokko betreffen, sind abgeschlossen. Über die von Deutschland beanspruchten Kompensationen am Kongo wird weiter geschachert, wiewohl in kolonialen Dingen sachverständige Kreise in Deutschland den französischen Kongo als völlig wertlos bezeichnet haben.

Landtagswahlen in Braunschweig.

Die allgemeinen Wahlen zum braunschweigischen Landtage sind auf den 21. November festgesetzt. Die Berufsstände wählen gesondert am 5. Dezember. Es wird der letzte Landtag sein, der nach dem alten, reaktionären Wahlgesetz gewählt wird. Der energische Wahlrechtskampf der Arbeiterschaft hat der Regierung das Versprechen abgezwungen, daß der neue Landtag nur den Etat und ein neues Wahlgesetz beraten soll, um dann aufgelöst zu werden.

Der Streit im Zentrum.

Am Dienstag fand eine Zentrumsvertrauensmänner-Versammlung für Schlesien unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Porsch statt. Die Versammlung nahm zu der Angelegenheit Oppersdorf Stellung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung gegen alle Sonderbestrebungen erklärt, durch welche die in der jetzigen Zeit so notwendige Einheit der Partei gefährdet, das Vertrauen zur Parteileitung erschüttert und die Parteidisziplin gelockert wird. Die Resolution bedeutet eine Verurteilung des Grafen Oppersdorf. — Diesem Votum der Vertrauensmänner steht die „programmatische Erklärung" entgegen, die eine von Laien und Klerikern besuchte Versammlung am 25. September in Ratibor beschloß und die Beibehaltung des katholischen Charakters der Zentrumspartei fordert. Die Erklärung erhielt bis jetzt 1300 Unterschriften.

Der bayrische Bauerndoktor Heim gegen das agrarische Zentrum.

Im bayrischen Landtag wird seit einigen Tagen über die herrschende Teuerung verhandelt; den Beschluß der Dienstag-Abendsitzung bildete eine sensationell wirkende 2½stündige Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Heim. So sehr er sich bemühte, durch demagogische Polemik gegen die Sozialdemokratie und durch Wiederholung bekannter schutzzöllnerischer Argumente, endlich durch Festhaltung an Fleisch- und Brotgetreidezöllen, selbst an den Einfuhrscheinen, die Schärfe seines Angriffs gegen die bisherige konservativ-klerikale Agrarpolitik zu verhüllen, so unzweideutig war das Geständnis, daß diese Politik durch Verteuerung der Produktionsmittel bauernfeindlich gewirkt habe. Als Ketzer und Bekehrten bekannte er sich selbst. Mit ätzendem Hohn geißelte er die „allgemeinen Mätzchen" seines Fraktionskollegen Pichler und der Regierung. Noch sei kein Notstand da, aber im Frühjahr werde eine wirklich gefährliche Not in Vieh und Fleisch eintreten. Außerordentliche Maßnahmen seien geboten; sonst würde sich die allgemeine Empörung gegen die Bauern erheben. Gegen die Einfuhr von argentinischem Fleisch sei nichts einzuwenden, aber größere, dauernd wirkende Mittel seien notwendig: Verbilligung der bäuerlichen Produktionskosten durch Aufhebung der Mais- und Futtermittelzölle, durch Einführung eines tiefgreifenden Systems gemeindlicher Fleischversorgung, durch umfassende Landeskultur und vernünftige Produzentenorganisation. Mit leidenschaftlichem Hohn griff er die Regierung an, die die bauernlegenden und Bauern vernichtenden Junker noch mit Orden und Berufungen in den Reichsrat auszeichne. Mit Kaninchen sei es nicht getan, Ratten seien ja noch fruchtbarer; auch nicht mit dem Schwindel landwirtschaftlicher Ausstellungen und Viehprämiierungen („Diplomatenviechern"). Großes Aufsehen machte die Bemerkung Heims, daß er alle diese Ansichten schon im Reichstag habe vortragen wollen, aber nicht vortragen habe können; damit erhob er die Beschuldigung gegen das, den Konservativen hörige Zentrum, daß es ihn verhindert habe, bäuerliche Agrarpolitik im Reichstage zu vertreten.

Die Notstandsdebatte im bayerischen Landtage.

Die Angriffe des Dr. Heim wegen der Abhaltung der Manöver trotz der Maul- und Klauenseuche veranlaßte zu Beginn der Sitzung vom Mittwoch ein kurzes Gastspiel des Kriegsministers. Es dauerte indessen nur drei Minuten. Der Kriegsminister will den Angriffen entgegentreten und verwahrt sich gegen die Anwürfe auf den abwesenden Ministerpräsidenten. In der Fortsetzung der Teuerungsdebatte wurden von liberaler und klerikaler Seite Änderungen der Vorschriften über die Absperrung bei der Maul- und Klauenseuche verlangt. Ein zweiter Redner der Sozialdemokratie, Eduard Schmid-München, rechnete mit der Zentrumspolitik ab. Heute redet man vom Teuerungsrummel, von vorübergehender Erscheinung. Das soll über die furchtbare Gefahr der Agrar- und Blockpolitik hinwegtäuschen. Die bayerische Landwirtschaft hat in der Fleischversorgung versagt. Weshalb denn der Widerstand gegen die Grenzöffnung, wenn angeblich im Ausland auch kein Vieh vorhanden ist? Wir sagen den Bauern, daß wir Gegner der Zölle sind. Sie haben eingesehen, wohin sie die Zentrumspolitik geführt hat. Wir fördern alle Anträge, die der Landwirtschaft nützen. . . Das heutige unerträgliche Leben bedeutet einen vollständigen Zusammenbruch des Schutzzollsystems. 60 Prozent der Münchener Kinder sind nach amtlicher Untersuchung unterernährt. Der Redner erinnert den Minister an das Wort eines englischen liberalen Kollegen: „Das größte Wunder aller Zeiten ist die Volksgeduld." Nachdem der Liberale Hübsch für Grenzöffnung und Zollerleichterungen gesprochen hat, wird die Debatte auf Donnerstag vertagt. Es sind noch 13 Redner gemeldet.

Rußland.

Der allrussische Pogrom. Erst vor einigen Tagen fand die Gerichtsverhandlung anläßlich des Pogroms in Armawir ihren Abschluß, der einen Bestandteil der Pogromwelle im Oktober 1905 bildete. Schon die bisherigen zahlreichen Pogromprozesse haben den unumstößlichen Nachweis erbracht, daß die Massakers im Oktober 1905 planmäßig organisiert wurden und auf ein Signal von Petersburg aus zum Ausbruch gelangten. Auch die Akteure und ihre Rollen in diesen konterrevolutionären Exzessen, die die Greuel der Bartholomäusnacht in den Schatten stellten, sind bekannt. Die Flugblätter, die zu Pogromen aufreizten, wurden im Polizeidepartement gedruckt; die örtlichen Behörden erhielten die genauesten Anweisungen über die Organisation der Pogrome und den polizeilichen und militärischen Schutz der Pogromisten; der Pöbel wurde bei den Massakers von „Spezialisten" — entweder von Volksverbändlern oder von Geheimpolizisten — geführt und für seine Blutarbeit aus staatlichen Mitteln bezahlt; für die Angeklagten in den Pogromprozessen wurde von den Volksverbändlern äußerst energisch agitiert, worauf die Verurteilten regelmäßig vom Zaren begnadigt wurden. Der ganze Pogromapparat — beginnend mit Nikolaus II. bis zu dem letzten Pogromisten — funktionierte tadellos, freilich nicht ganz mit dem Erfolg, den seine Leiter im Auge gehabt hatten, denn wie Nikolaus II. im Gespräch mit dem neuernannten Stadthauptmann von Rostow, General Drotschewsky sich seinerzeit ausdrückte, hatte er bei dem dort stattgefundenen Judenpogrom eine größere Anzahl von Opfern erwartet! Der soeben abgeschlossene Pogromprozeß in Armawir bestätigt bis in das letzte Detail das geschilderte Bild der von Nikolaus II., Dubrowin und anderen Mordbuben organisierten allrussischen Pogrome. Vor Gericht sind folgende Tatsachen nachgewiesen worden: Zur Vorbereitung und Leitung des Pogroms waren 50 „Spezialisten", darunter viele Geheimpolizisten, in Armawir eingetroffen, die u. a. in einem — Kloster plaziert wurden. Die Proskriptionslisten der „Verdächtigen" — ohne Unterschied der Konfession! — waren früher fertiggestellt worden. Während der Massakers waren die Truppen zurückgezogen worden, während die Mordbuben ein Militärorchester zu ihrer Verfügung hatten. Die Plünderungen und Mordtaten fanden vor den Augen des Hetmans, General Woronjanski, statt, der vor Gericht allgemein als der Hauptschuldige an dem Pogrom bezeichnet wurde. Sein früherer Gehilfe Rasdolski sagte vor Gericht aus, der Pogrom sei regelrecht organisiert worden, und General Woronjanski habe trotz seiner inständigen Bitten, dem Blutbad ein Ende zu setzen, den Massakers ruhig beigewohnt und im entscheidenden Moment die Truppen aus der Stadt zurückgezogen. Die Staatsanwaltschaft hatte infolgedessen das Verlangen ausgesprochen, daß die Untersuchung auch auf den Hetman und seine Gehilfen ausgedehnt würde. Die Genehmigung hierzu wurde aber nicht gegeben, und die Hauptorganisatoren des Progroms blieben dem Prozeß fern. Es ergab sich vor Gericht ferner, daß die Polizisten den Befehl erhalten hatten, sich vollkommen passiv zu verhalten, daß die Kosaken an den Plünderungen teilnahmen, daß die Pogromisten für ihre „Arbeit" Bezahlung erhielten usw. — alles charakteristische Merkmale sämtlicher Pogrome Nikolaus II. Aus den Gerichtsverhandlungen ergibt sich ferner, daß der Busenfreund des Zaren, Dubrowin, den Angeklagten im Prozeß zu Armavir einen Brief geschrieben hat, in welchem er ihnen einen günstigen Ausgang des Prozesses verspricht. Das Urteil lautete: gegen 3 Pogromisten — 1½ Jahre und gegen zwei — 2 Jahr Arrestantenkompagnie, gegen zwei — 2 Monate und gegen einen — 8 Monate Gefängnis. Die Reihe ist nun an dem Zaren, der, in Erfüllung seiner Bundespflichten gegen den Volksverband, die verurteilten Mordbuben „allerhöchst" zu begnadigen hat.

China.

Siegreicher Aufstand. Reuters Bureau meldet aus Peking, 11. Oktober: Die Revolutionäre bemächtigten sich Wuchangs. Der Vizekönig ist geflohen. Der Kommandant der Truppe wurde durch eine Bombe getötet. Fünf ausländische Kanonenboote übernahmen den Schutz Hankaus. — Eine spätere Depesche meldet noch: Die Truppen machten mit den Revolutionären gemeinschaftliche Sache. Die europäischen Niederlassungen stehen alle unter Waffen. Ein amerikanischer, ein japanischer und zwei englische Dampfer liegen bereit, Frauen und Kinder aufzunehmen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 12. Oktober.

Achtung, Holzarbeiter! Die Holzarbeiter von Hamburg, Altona-Ottensen, Wandsbeck, Wilhelmsburg, Schiffbeck und Umgegend sind ausgesperrt! Alle Holzarbeiter haben das Hamburger Aussperrungsgebiet aufs strengste zu meiden! Kollegen im Lande, gebt acht auf jene Menschenhändler, welche bemüht sind, Arbeitswillige nach hier zu locken!

Der Bürgerausschuß erledigte in seiner gestrigen Abendsitzung die vom Senat beantragte Neuregelung des Lübecker Armenwesens. Wir haben vor kurzem in einem eingehenden Artikel den Inhalt der Vorlage dargelegt. Der Bürgerausschuß stimmte der Vorlage im wesentlichen nach den Beschlüssen seiner Kommission zu. Als ein völliges Novum

für Lübeck ist die Bestimmung zu betrachten, daß die Behörde für Armenpflege zwei weibliche Mitglieder erhalten soll. In dem Kommissionsbericht war es als wünschenswert bezeichnet worden, daß auch Frauen in der Armenpflege tätig seien. Man hatte jedoch keinen bestimmten Antrag gestellt, weil man glaubte, daß dazu erst eine Verfassungsänderung nötig wäre. Von juristischer Seite hat man nunmehr herausgefunden, daß auf Grund einer Verordnung vom 18. Juni 1860 die Teilnahme der Frauen an dieser Behörde möglich ist, und deshalb obigen Beschluß gefaßt. Ob nun auch Frauen, die das Leben der Armen aus eigener Erfahrung kennen und die das nötige Verständnis für ihr Amt mitbringen, in die Behörde entsandt werden, muß abgewartet werden. — Zur Annahme gelangte weiter ein Senatsantrag auf Anschaffung einer neuen Spritze mit Automobil-Benzinmotorbetrieb zum Preise von 27 000 Mk.

Der Sozialdemokratische Verein hält morgen, Freitag abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion Bericht erstattet und die Kandidaten zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl aufgestellt werden sollen. Das möglichst vollzählige Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Es gibt keinen Notstand! So behaupteten dieser Tage die amtlichen „Lübeckischen Anzeigen" in einem längeren Artikel. Nun muß sich das Blatt von seinen eigenen Hansabundesbrüdern nachweisen lassen, daß es die Unwahrheit geschrieben hat. Zur Abwehr des „landwirtschaftlichen Notstandes" hat nämlich die Landesgruppe Bremen des Hansabundes in ihrer Sitzung vom 9. Oktober 1911 folgende Resolution gefaßt: I. Der durch die Ernteergebnisse in weiten Teilen Deutschlands herbeigeführte landwirtschaftliche Notstand zwingt angesichts seiner Wirkungen auf Industrie, Handel und Gewerbe, einschließlich der Angestellten, zu durchgreifenden Maßnahmen zur Sicherung der gegenwärtigen und künftigen ausreichenden Ernährung des deutschen Volkes. Tarifermäßigungen und Verkehrserleichterungen allein, wie sie bisher vorgenommen sind, reichen als wirksame Abhilfemaßnahme nicht aus, da sie in erster Linie eine Erleichterung in der Verteilung der vorhandenen Güter bedeuten, nicht aber für die Zufuhr genügender Gütermengen in Betracht kommen. Für die Zeit des Notstandes ist daher in erster Linie die gleichmäßige Durchführung folgender Maßnahmen zu verlangen: 1. Die Gestaltung der Zufuhr von lebendem Vieh aus allen in Betracht kommenden Ländern wie Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark und Argentinien, wobei nur diejenigen Beschränkungen zulässig sind, welche ausschließlich sanitäre Zwecke verfolgen; 2. die Erleichterung der Einführung und Verbreitung von Seefischnahrung; 3. die Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle auf Gemüse und die weitere Herabsetzung der Eisenbahntarife; 4. im Interesse der Aufzucht des Viehs für den kleinen und mittleren Grundbesitz eine weitere Herabsetzung der Eisenbahntarife für Futtermittel; ferner die zeitweilige Aufhebung oder angemessene Herabsetzung des Maiszolles, sowie des Zolles auf Futtergerste und auf Heu; 5. die Revision des Getreideeinfuhrscheinsystems in der Richtung einer Beschränkung der Gültigkeitsdauer unter Aufhebung seiner Geltung für Petroleum und Kaffee; 6. die Beseitigung der Ausfuhrtarife für Getreide. II. Im Interesse der durch die ungewöhnlich lange Einstellung der Binnenschiffahrt schwer geschädigten Industrieunternehmungen ist die schleunige Herabsetzung der Eisenbahntarife auf den Ersatzlinien zu fordern. Ferner muß, soweit möglich, an eine steuerliche Entlastung der Binnenschiffahrtsunternehmungen gedacht werden. Die Durchführung der Maßnahmen sub I und II trägt den Lebensinteressen des deutschen Gewerbestandes Rechnung, ohne der Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion hinderlich zu sein. Sie dient nicht nur der wirtschaftlichen Fortentwicklung des deutschen Volkes nach innen, sondern liegt vor allem auch im Interesse der Wahrung unserer äußeren Machtstellung. — Die Forderungen der Sozialdemokratie, die diese im Interesse der minderbemittelten Volksschichten erhebt, gehen weiter als die des Hansabundes. Immerhin illustriert die vorstehende Resolution den Schwindel unseres Amtsblattes sehr deutlich, daß es überhaupt keinen Notstand gebe, sondern dieser nur eine sozialdemokratische Erfindung sei.

Beschäftigung von volksschulpflichtigen Kindern in Zeitungsbetrieben. Eine für das Zeitungsgewerbe prinzipielle Frage war jetzt dem Reichsgericht zur Entscheidung vorgelegt. Der Verleger, der Prokurist und ein Expeditionshilfsarbeiter des „Hamburger Fremdenblattes" waren von der Staatsanwaltschaft Hamburg wegen Vergehens nach § 135 der Gewerbeordnung bezw. des Kinderschutzgesetzes angeklagt worden. Es war ihnen zur Last gelegt, in dem Druckereibetriebe des „Hamburger Fremdenblattes" mitunter bis zu 70 Knaben unter 12 Jahren beschäftigt zu haben, obwohl nach § 135 der Gewerbeordnung Kinder unter 13 Jahren überhaupt nicht beschäftigt werden dürften. Die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes sollten dadurch verletzt sein, daß einzelne der Knaben an Sonnabenden länger als drei Stunden beschäftigt worden seien. Das Landgericht Hamburg hatte aber nur einen Verstoß des mitangeklagten Expeditionsbeamten gegen das Kinderschutzgesetz als erwiesen angenommen, im übrigen aber gegen alle drei Angeklagte auf Freisprechung erkannt. Das Landgericht hatte die Verteidigung der Angeklagten gewürdigt, daß die Knaben gar nicht im Druckereibetriebe, sondern in einem Zweige des Verlagsgeschäftes, also im kaufmännischen Betriebe beschäftigt worden seien. Ihre Arbeit habe lediglich darin bestanden, die einzelnen Blätter der Zeitung zusammenzulegen, die für die Post bestimmten Exemplare fertig zu machen und die Kreuzbänder umzulegen. Eine solche Tätigkeit der Knaben bezwecke nicht die Herstellung der Zeitung, sei also kein Teil des Druckereibetriebes, sondern des Verlagsgeschäftes, also des kaufmännischen Betriebes, nicht eines gewerblichen. Gegen dieses freisprechende Urteil war von der örtlichen Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt worden, die auch von der Reichsanwaltschaft vertreten wurde. Die Auffassung des Landgerichts, es liege keine Beschäftigung im gewerblichen, sondern im kaufmännischen Betriebe vor, sei gänzlich fehlsam. Kaufmännischer und gewerblicher Betrieb beim Zeitungsunternehmen trennten sich erst dann, wenn die Zeitung vollständig fertig, d. h. postfrei gewesen sei, so daß an ihr nichts weiter zu tun gewesen sei, als sie auszugeben. Bei dieser Auffassung müsse man das durch die Knaben bewirkte Zusammenlegen der Zeitungskonvolute und das Umlegen der Kreuzbänder als zur Herstellung der Zeitung gehörige Betätigung ansehen, also eine Betätigung im Gewerbebetriebe. Die Publikation des Urteils ist bis zum 30. November vertagt worden. Wir werden seinerzeit darüber berichten.

Unentgeltliche Seefisch-Kochstunden. Man schreibt uns: Bei der eingetretenen Teuerung des Fleisches kann gar nicht häufig genug und dringend genug auf ein billiges und gesundes Nahrungsmittel hingewiesen werden, das uns in den schmackhaften Hochseefischen zur Verfügung steht. Erst die Fortschritte der Technik haben uns diesen Fleischersatz erschlossen. Seitdem große mit allen Hilfsmitteln ausgerüstete Dampfer den Fischfang auf hoher See betreiben, ihren Fang in Kühlräumen an Land bringen und die Eisenbahn ihn in frischem Zustande dem Inland liefert, ist die Zufuhr von Hochseefischen in großem Maßstabe möglich geworden. Die Preise für tadellose Waren stellen sich so billig, daß wir in den Hochseefischen ein wahres Volksnahrungsmittel gewonnen haben; nur müssen die Hausfrauen weiter Kreise mit diesen uns bis vor kurzem noch unbekannten Fischarten bekannt und mit ihrer Bereitungsweise vertraut gemacht werden. Besonderes Gewicht ist zu legen auf die richtige Wahl der Zuspeisen, um eine kräftige und ausreichende Mahlzeit auf den Tisch zu bringen. Um diese Kenntnis zu verbreiten, hat der Neue Frauenverein eine Reihe von Seefisch-Kochstunden in der Haushaltungsschule Ziegelstraße 6 eingerichtet, die Freitag, den 27. Oktober, beginnen und an den folgenden Freitagen fortgesetzt werden. Jede Frau, jedes Mädchen, die sich diese Kenntnisse aneignen möchte, kann an einer der durch Plakate kenntlich gemachten Stellen (Läden, Bücherhandlungen usw.) in die daselbst ausgelegten Listen ihren Namen, Wohnung, Stand eintragen und erhält dann, soweit der Platz reicht, durch eine Postkarte die Mitteilung, an welchem Freitag sie in der Haushaltungsschule erwartet wird, um in den Stunden von 6—9 Uhr abends unter der sachverständigen Leitung der Leiterin der Schule Frl. Facklam und der Lehrerin Frl. Momme eine Reihe von wohlschmeckenden Seefischgerichten zu bereiten. Eine einmalige Übung von 3 Stunden hat sich als hinreichend erwiesen. Die bereiteten Gerichte werden an Ort und Stelle verzehrt, damit sich die Teilnehmerinnen von ihrer Güte überzeugen. Kosten erwachsen ihnen in keiner Weise.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 11. Oktober, morgens 6 Uhr: Wasser 10½, Luft 9, morgens 10 Uhr: Wasser 10½, Luft 11; mittags 12 Uhr: Wasser 11 Luft 13; abends 6 Uhr: Wasser 10½, Luft 10 Grad Celsius. Zahl der Badenden: 12 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 4 weibliche Personen.

Entgleist. Gestern abend gegen 11 Uhr entgleisten zwischen Gleschendorf-Bahnhof und -Dorf mehrere Wagen eines Güterzuges der Lübeck-Eutiner Bahn. Da die Entgleisung kurz vor der von den Personenzügen benutzten Weiche erfolgte, mußten die Passagiere des 11,20 Uhr von Eutin nach Lübeck abfahrenden Personenzuges nahezu zwei Stunden in Gleschendorf-Bahnhof warten, bis sie mit einem inzwischen von Lübeck requirierten Hilfszug weiter befördert werden konnten. Nach 2 Uhr traf letzterer erst in Lübeck ein, sehr zum Leidwesen eines großen Teils der Reisenden, die mit einem solchen unliebsamen Aufenthalt natürlich nicht gerechnet hatten. Durch die Entgleisung ist nur ein geringer Materialschaden angerichtet worden. Heute vormittag war die Strecke wieder frei.

Bürger Lübecks!

Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in den Wählerlisten verzeichnet steht, hat kein Wahlrecht.

ph. **Wer ist der Eigentümer?** Mit einem anonymen Schreiben ging beim Polizeiamt eine silberplattierte Kinderforke ein, in die der Name „Hans" eingraphiert ist. In dem Schreiben wird eine Frau, die mit Obst hausiert, beschuldigt, die Forke gestohlen zu haben. Der Eigentümer derselben wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag beginnt die Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen Schwankes „Meyers" ausnahmsweise abends 8 Uhr. Am Sonnabend gelangt als letztes Gastspiel der Kammersängerin Margarethe Matzenauer von der Hofoper in München Beethovens große Oper „Fidelio" zur Aufführung. Die Künstlerin wird die Leonore singen und erzielte bisher gerade mit dieser Partie unvergleichliche Wirkungen. Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt als erste Volksvorstellung in dieser Spielzeit die lustige Posse mit Gesang „Kyritz-Pyritz" von Wilken zur Aufführung. Der Eintrittspreis für sämtliche Plätze im Theater beträgt pro Person 50 Pfg., dazu 10 Pfg. für Garderobe. Alle Plätze werden, wie bisher, ausgelost. Der Vorverkauf resp. die Auslosung der Billetts findet morgen Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse statt.

Reinfeld. Kindestötung? In der Nähe von Reinfeld wurde auf dem Eisenbahngleise die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden, das nach dem vorliegenden Befunde von der unnatürlichen Mutter abends aus dem Zuge geworfen worden ist.

Eutin. Der Provinzialrat beschäftigte sich, indem er die Beschlußfassung über die bislang in Angriff genommenen Vorlagen aussetzte, mit dem Entwurf einer neuen Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck. Es ist dies eine umfangreiche Vorlage, die dem Provinzialrat zugegangen ist erst kurz vor seinem Zusammentritt. Es wurde gegen die Beratung Verwahrung eingelegt und die Absetzung von der Tagesordnung verlangt, damit sich erst die Öffentlichkeit mit der Vorlage beschäftigen könne. Der Regierungspräsident bestritt dem Provinzialrat das Recht der Absetzung der Vorlage von der Tagesordnung; wolle er die Vorlage nicht beraten, so könne er sie ablehnen. Das geschah nicht, und so wurde in die Beratung eingetreten. Das Gesetz will mit den kleinen Wegegemeinden, deren im Fürstentum 118 vorhanden sind, aufräumen, wodurch der ganze Geschäftsbetrieb wesentlich vereinfacht wird. Die Wegepflicht wird für die Gemeindewege auf die politischen Gemeinden übertragen, die Wegelasten sollen nicht mehr allein auf den Grundbesitz, sondern auch auf das Einkommen verteilt werden. Die Sonderstellung des Staatsgutes in wegerechtlicher Beziehung soll in Fortfall kommen. Die mehrstündige Debatte über das Gesetz zeitigte die verschiedensten Wünsche und die Bekämpfung mancher Bestimmung. Die Beratung wurde noch nicht zu Ende geführt.

Eutin. Zur Landtagswahl. Die Agrarier und ihre Helfershelfer sind auf einen schlauen Trick verfallen: Sie haben den zweiten Kandidaten Dr. Evers fallen lassen und dafür den Bürgermeister Mahlstedt auf den Schild erhoben. Ihre Hoffnung geht nun dahin, daß sich die vom Bürgerverein scharfgemachten Kleinbürger und Beamten betören lassen und jetzt auf den agrarischen Leim kriechen werden. Hoffentlich geht ihr Plan nicht in Erfüllung, trotzdem sie mit Boykottandrohungen, Verdrehungen und Verleumdungen operieren. Dem Treiben dieser Herrschaften kann nur dadurch wirksam ein Ziel gesetzt werden, daß alle sozialdemokratischen und wirklich liberalen Wähler am morgigen Freitag auf dem Posten sind, alle Bedenken beiseite stellen und geschlossen eintreten für die gemeinsamen Kandidaten der Sozialdemokratie und der Liberalen Rebenstorf und Steenbock. Mit allem Nachdruck muß gearbeitet werden, um Levetzow — der ja meint, daß Sozialdemokraten nicht in den Landtag hineingehören — und seinen Trabanten zu stürzen. Hier kommt es auf jede Stimme an. Deshalb auf zur Wahl! — Gestern abend fand hierselbst im Lokale des Herrn P. Schröder eine gutbesuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Stelling-Lübeck auf die Gefahren hinwies, die durch die Wahl offener und verkappter Agrarier dem Lande und dem Volke entstehen könnten. Ferner zerpflückte Redner in eingehender Weise, unterstützt von den Genossen Rebenstorf, Gloe und Borchert, die Eingesandts und Notizen der Reaktion in dem angeblich unparteiischen „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck", sowie das von dem sogen. nationalen Wahlkomitee herausgegebene Flugblatt. Seine, die Taktik der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Nachwahlkampfe erläuternden Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall der Versammelten. Hoffentlich bringt uns nun der Freitag den gewünschten Erfolg!

Eckernförde. Sind ihm die Trauben zu sauer? Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Spethmann hat dem Vorstande des Wahlvereins für den 3. schleswig-holsteinischen Wahlkreis mitgeteilt, daß er aus gesundheitlichen und geschäftlichen Rücksichten eine Kandidatur nicht mehr annehmen werde. Bei der letzten Hauptwahl erhielt Spethmann 5915, der sozialdemokratische Kandidat 5509 und der nationalliberale Kandidat 9827 Stimmen. Mit sozialdemokratischer Hilfe wurde der Freisinnige dann gewählt. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde Spethmann jetzt aus der Stichwahl gedrängt werden; deshalb zieht er es jedenfalls vor, selbst zu gehen.

Tondern. Eine gerechte Entscheidung. Der Arbeiter J. Christian Jensen in Lendemark hat die Erlaubnis bekommen, im Lande zu bleiben, bis das Reichsversicherungsgesetz vom 19. Juli 1911 in Kraft getreten ist. Während der Landrat von Tondern seine Ausweisung angeordnet, und der Regierungspräsident in Schleswig diese Anordnung aufrechterhalten hatte, hat der Oberpräsident v. Bülow in diesem Sinne geantwortet. Die Reichsversicherungsordnung wird, wie man annimmt, erst im nächsten Frühjahr in Kraft treten. Der Zeitpunkt ist noch nicht bestimmt. Aber von diesem Zeitpunkt an haben ausgewiesene Ausländer das Recht, sich ihre Unfallrente in dem nächsten öffentlichen Bureau des fremden Landes, in dem sie wohnen, auszahlen zu lassen. Für den Arbeiter Christian Jensen bedeutet diese Entscheidung also nicht nur, daß er den Winter über ruhig in seinem Heim bleiben kann, sondern auch, daß er sich später in Dänemark, woselbst er Bürgerrechte hat, seine schwer erkämpfte Unfallrente auszahlen lassen kann. Man kann nur seine Zufriedenheit darüber aussprechen, daß das eigentümliche Vorgehen des Landrats in Tondern gescheitert ist.

Celle. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich Dienstag mittag gegen 1 Uhr bei Boye. Das Automobil HB 531 aus Bremen kam mit fünf Personen besetzt die Landstraße von Winsen nach Celle. Die Insassen waren der Dampfmühlenbesitzer Behrens aus Rockmühle bei Bremen und dessen Frau, der Privatmann Brünning aus Amerika mit Frau und der Chauffeur Huhn; das Automobil stammte von den Norddeutschen Automobilwerken in Bremen. Bei Boye war der Chauffeur zu weit nach rechts gefahren, hatte dadurch nicht die Mitte der Brücke eingehalten und fuhr, bevor er es verhüten konnte, gegen das rechte Brückengeländer, durchbrach dieses, wobei der Wagen sich überschlug und in den Klein-Hehlener Bach stürzte. Dabei wurden die beiden Damen von dem Wagen geschleudert. Brünning, Behrens und Huhn kamen unter den Wagen zu liegen. Der Chauffeur war sofort tot, Behrens kam unverletzt davon und Brünning erlitt schwere Rippenquetschungen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 11. Oktober

Bauern-Butter Pfd. —1,50 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,75 Mk., Hasen 3,00—3,50 Mk., Enten 3,00—3,50 Mk. Hühner 1,60—2,30 Mk., Küken Stück 1,60—2,00 Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. —,78 Mk., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,10—1,15 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 6 Stück 60 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen —,— Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60—70 Pf., Hechte Pfd. 70 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 11. Oktober.

Weizen, 128—135 Pfd. holl. 190—195 Mk. **Roggen** 124—127 Pfd., holl. 173—175 Mk., **Gerste**, nach Qualität 173—190 Mk. **Hafer**, nach Qualität, 178—185 Mk. **alter** — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 11. Oktbr.

Auftrieb 3164 Schweine. Markt mäßig rege. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 60,— (—,— bis 48,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 59,— bis 60,— (47,00 bis 48,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 59,— bis 60,00 (46,— bis 47,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 59,— bis 60,— (46,00 bis 47,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 54,— bis 57,00 (41,00 bis 43,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 52,— bis 53,00 (41,50 bis 42,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45,— bis 50,00 (35,00 bis 39,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote".

Komitee- und Kommissionssitzungen

D. T. V.

Vorstandssitzung **heute** Donnerstag 8½ Uhr.

A. B. V.

Vorstandssitzung Freitag abend 8 Uhr präzise.

Gewandter kräftiger **junger Mann** als Bote auf sogleich gesucht. Kleine Kaution erforderlich.
B. Th. Dawartz, Hüxterdamm 6.

Gesucht zu sofort oder später für kl. Haushalt
jüngeres Dienstmädchen
Maiblumenstraße 2.

Ein guterhaltener **Kinderwagen** mit Gummireifen zu verkaufen, Pr. 10 Mk. Näheres
Hartengrube 36/6.

Guterhaltene fast neue **Sportkarre** zu verkaufen
Warendorpstraße 23, pt.

Zu verkaufen ein guterhaltener **Winter-Überzieher** und guter **Teppich** Segebergstraße 18.

Ein Satz Ferkel
zu verkaufen Arnimstraße 31.

Kaninchen, Grausilber, alte u. junge, zu verkaufen
Passarge, Vorwerk.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	**2.20**—6.45
Maurerhosen	**2.60**—6.75
Schlosserhosen	**1.88**—5.25
Überziehhosen	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

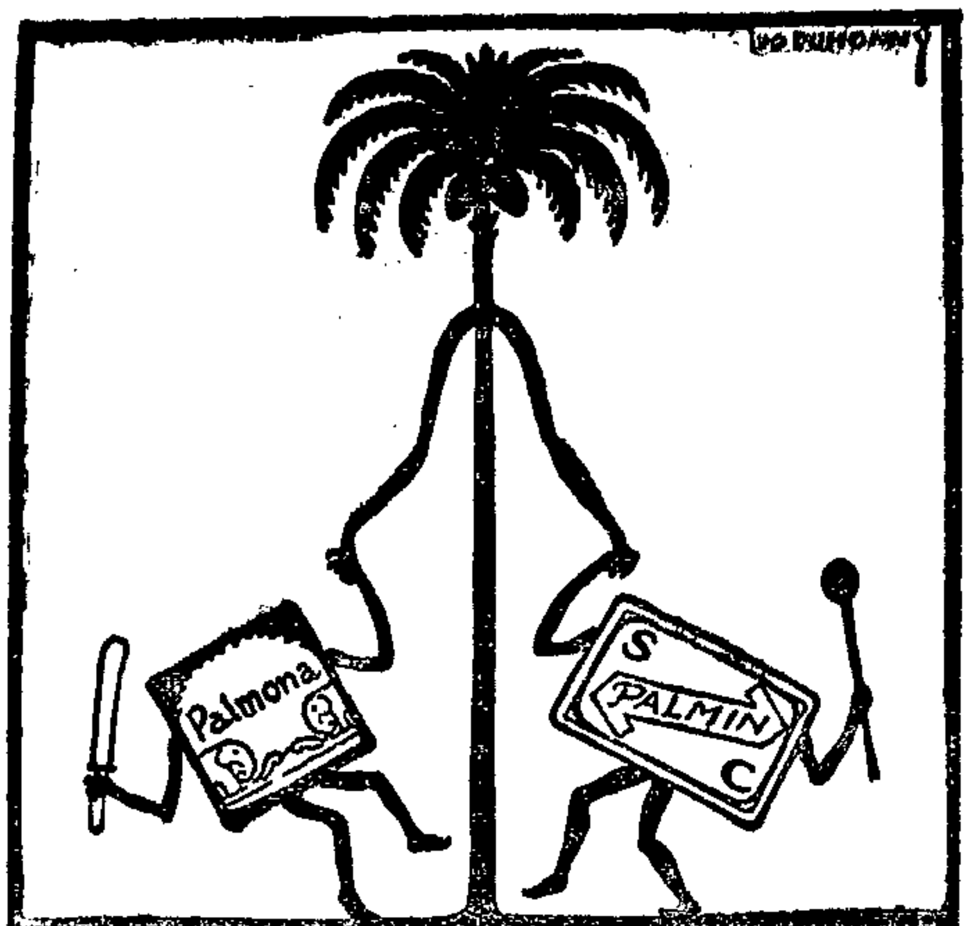
Herren- u. Damengarderobe billig. Winter-Paletot von 2.50 M. an
Schildstraße 5.

Unentgeltliche
Seefisch-Kochstunden
in der Haushaltungsschule **Ziegelstraße 6 am Freitag, dem 27. Oktober,** und den folgenden Freitagen abends 6—9 Uhr.
Neuer Frauenverein.

Käse! Käse!

Prima Schweizer, Prima Rahmkäse, Reife echte Limburger — sehr billig.
Vollfette Tilsiter 40, 50, 60 Pfg.
Kleinverkauf vom En-gros-Lager
Fleischhauerstraße 48.

Empfehle diese Woche:
Prima Ochsenfleisch.
Joh. Bahr, Selmsdorf.



Mutter und Kinder

kennen die Vorzüge von **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Diese Produkte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (kein Aufstoßen, kein Sodbrennen!), sehr preiswert und gänzlich frei von tierischen Fetten. — Man vermeide die zahlreichen Nachahmungen, betrachte ihr Vorhandensein vielmehr als einen Beweis für die vorbildliche Qualität unserer Produkte.

H. Schlinck & Cie. A.-G.

NB. Palmin jetzt auch „weich" (schmalzähnlich) zu haben.

Versteigerung in Moisling.

Die Erben der Witwe **Holtz** werden am **Sonntag, 15. d. M.,** nachmittag 2 Uhr, im Hause der Verstorbenen, Mühlenweg, deren Nachlaß versteigern.
2 Kleiderschränke, 4 Betten mit Bettstellen, 1 Waschkommode mit Spiegel, 1 Sofatisch, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 1 Koffer, ca. 20 hl Koks, Holz und Bodenrummel.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Freitag, 13. Oktober,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Rabben.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

HANSA THEATER

Letzte Woche.
Gastspiel
Segommer
und das große Programm.
Vorverkauf bei **Sager.**
Vorzugskarten gültig.
Selbige sind in den durch Plakate kenntl. Geschäften gratis zu haben.

Der Ratgeber

Ein wertvolles Buch für jedermann ist
Der Ratgeber für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten; praktischer Hausarzt und Rezeptbuch nebst einem Anhange enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechtschreibung, Zinsenberechnungs- u. andere Tabellen. — 1200 Illustrationen und Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der Wahre Jacob

Illustr. humoristisch-satirische Zeitschrift
mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von **B. Heymann.**
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zu dem
am Sonnabend, dem 14. Oktober 1911
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52,
stattfindenden
geschlossenen Ball.

Anfang **8** Uhr. Ende **4** Uhr.
Preis der Karte **50** Pfg.
Das Komitee.

Neues Stadttheater.

Freitag, 13. Oktober. 8 Uhr.
Voll-Ab. 24. Freitag-Ab. 4.
Meyers.
Schwank von Friedmann-Frederich.
Sonnabend, 14. Oktober. 7½ Uhr.
Erhöhte Preise!
Letztes Gastspiel der Kgl. Bayr. Kammersängerin
Margarethe Matzenauer.
Fidelio.
Große Oper von Beethoven.
Sonntag, 15. Okt. **Nachm. 3 Uhr.**
1. Volks-Vorst. Jeder Pl. 50 Pf.
Kyritz-Pyritz.
Gesangsposse von Wilken.
Vorverkauf der Billetts für diese Volksvorstellung **Freitag u. Sonnabend je 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse. Alle Plätze werden ausgelost.**

Beim Einkauf von Margarine fordere man nur die ersten Marken:
„Siegerin"
„Palmato"
„Mohra"

Erscheint dreimal wöchentlich | **Bezugsquellen-Verzeichnis** | Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
- **J. H. Pein,** am Markt.
- **Rudolph Karstadt, Eutin.**
- K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
- F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
- **Paul Burmester** Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
- **J. Eixmann,** Fischergrube 47.
- H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
- **R. Kasch** Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
- Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57 a.
- **Ad. Hinzelmann,** Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
- **B. Plath,** Schlutup, Lübeckerstr. 3.
- W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
- **Central-Beerdigungsinstitut** A. Brodersen, [illegible] 7. Tel. 1090.
- **[illegible],** Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
- **C. Thiessen & Sohn,** Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
- **[illegible],** Lübeck, Schwart. Allee 123. Lager fertiger Särge.
- **[illegible],** Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
- H. Pasach, Gr. Gröpelgrube 14.
- **„Hansa"** J. Dettmann Beckergrube 51.
- **[illegible],** Warendorpstr. 21, [illegible] 7.

Brauereien
- **Elbschloss,** M. Hofmann, Hansastr. 75.
- **Kieler Schloßbräu** H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
- Trinkt **Lübecker Vereinsbräu**
- **F. Weiermiller Nachf.,** Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
- **Franz Langloh** Schlutuper fl. Braunbier.

Brennmaterialien
- H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
- L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
- Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
- **H. Philipp,** Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
- W. Rocksien, Hüxstr. 23.
- J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
- Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
- A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
- Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
- D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
- Rob. Kließ, Engelsgrube 30.
- **Paul Markwardt,** Seydlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
- Jacob Meier, Warendorpstr. 19 a.
- Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
- Paul Thiel, Stavenstr. 8.
- Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
- **Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk",** Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
- **Hansa,** W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
- W. Krüger, Vorwerk, Petersstr. 1c.

Drogerien
- W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
- Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
- **Julius Vogt,** Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
- **H. Benthien,** Fackenbg. Allee 53.
- **Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Kath,** Frister & Roßmann-Nähmasch.
- Franz Busse, Wahmstr. 42.
- Rich. Israel, Alfstr. 31.
- **Heinr. Körner,** Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
- **St. Gertrud-Fahrradhaus** Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
- Johs. Meyer, Königstr. 51.
- Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
- **H. Krohne,** Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
- J. Becker, Dornestr. 29.
- W. Hohenschild, Marlistr. 42. T. 736.
- Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
- Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
- **Hans Gerds,** Elswigstr. 1 a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
- Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
- **Gothknecht,** Gottlieb, Königstr. 104.
- **Carl Joost,** Beckergrube 30. Vorstfabrik. T. 1450.
- C. Klein, Pfaffenstr. 14.
- W. Lemcke, An der Mauer 41 a.
- F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
- **Wilh. Pätow,** [illegible] 44. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
- Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
- Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
- **[illegible] Müller,** Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
- Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42 a.

Galant.-, Spielwar.
- C. Biesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
- **Privat-Handels-Institut Herm. Lips,** Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
- **Joh. Baade,** Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
- Paul Reher, Tunkenhagen 5.
- E. Winkelmann Nachf., **Eutin.**
- Louis Rathmann, **Schwartau.**

Herren- u. Knab.-Gard.
- Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
- Rudolph Karstadt, **Eutin.**

Hüte und Mützen
- Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
- Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
- **Biophon-Theater** **Breitestr. 52.** Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
- Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
- Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
- Reinh. Büsen, Arnimstr. 1 a.
- Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
- Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
- Carl Hadoffsky, Marlistr. 44.
- D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
- **Ernst Lüth, Spillerstr. 5.**
- H. Schütt, Augustenstr. 14/14 a.
- J. Semrau, Hüxstr.
- H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
- Louis Rathmann, Schwartau.
- J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
- O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
- Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
- **Johann Dittmer,** Drögest. 12 a.
- Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
- J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
- Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
- K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
- **Hintze & Steeb,** Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
- **W. Pamperin** Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte

Meiereien
- **Meierei Rensefeld** Inh. **Paul Rickert.** Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
- **Meierei Schwartau** Inhaber **Philipp Eitel.** Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
- **Carl Volger,** Optisches Spezial-Geschäft, **56 Breitestr. 56.**

Photogr. Ateliers
- **O. Goetze,** Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
- Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
- **Samson & Co.,** Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für **Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen**
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
- B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
- Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 13.

Schreibwaren
- **Aug. Burmester,** Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
- M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40 a.
- **Elsa Paulsen,** Mühlenbrücke 2 a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
- Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
- Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
- Rudolph Karstadt, **Eutin.**
- Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
- Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
- **Franz Genzmer,** Fackenbg. All. 106. Fernruf 1031.
- **F. Wichmann,** Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
- **Carl Beuleke,** Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
- Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
- E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
- **Amerikanische, Hüxstr. 71** Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
- **August Büttner** Uhrmacher Hüxstr. 32.
- Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
- H. Nevermann, **Schwartau.**

Weine, Spirituosen
- Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
- **Friedr. Otte,** Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 239. Donnerstag, den 12. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Landtagswähler des nördlichen Wahlkreises des Fürstentums Lübeck!

Am morgigen **Freitag**, von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, findet die **Nachwahl** zum oldenburgischen Landtage statt. Geht morgen alle zur Wahl und gebt Eure Stimmen ab **gegen die Reaktion!** Wählt geschlossen den Genossen **Rebenstorf**-Eutin und den Liberalen, Bauunternehmer **Steenbock**-Eutin. Streiche niemand einen Namen auf dieser Liste. Sorgt dafür, daß morgen den Landbündlern und ihren Trabanten, die mit Hochdruck gegen uns arbeiten, eine Niederlage bereitet wird. **Auf zur Wahl!**

Der Regierungswechsel in Schweden.

Das erste greifbare Resultat der Wahlen im vorigen Monat liegt nun in der Gestalt des neuen liberalen Ministeriums vor. Die furchtbare Niederlage der Konservativen zwang das bisherige Ministerium Lindmann zum Abgang. Am 1. Oktober reichte das letzte konservative Ministerium sein Abschiedsgesuch ein und gerade eine Woche später stand das neue liberale fix und fertig da. Es ist nicht das erste liberale Ministerium in Schweden; bereits im Jahre 1906, als zum ersten Male Liberale und Sozialdemokraten die Mehrheit in der Zweiten Kammer erhielten, kam ein solches zustande, das aber bereits nach einem halben Jahre wieder zurücktreten mußte, weil es bei gemeinsamen Abstimmungen der beiden Kammern eine Mehrheit nicht unter sich hatte. Es konnte deshalb damals von großen Reformen keine Rede sein, denn die konservative Mehrheit der Ersten Kammer wäre niemals zu solchen zu haben gewesen.

Ganz andere Verhältnisse findet das neue Ministerium vor. Die Konservativen sind in die Minderheit gedrängt, der Weg zu durchgreifenden Reformen ist völlig frei. An der neuen Regierung wird es nun liegen, ob die Hoffnungen des Volkes, die an den Wahlsieg im vorigen Monat geknüpft worden sind, auch in Erfüllung gehen. Die Zusammensetzung des Ministeriums ist ja günstig; die neuen Männer standen bisher auf wirklich liberalem Boden und waren, soweit sie in der Zweiten Kammer saßen, treue Wächter des liberalen Programms. Allerdings sitzen in der neuen Regierung auch Leute wie z. B. der Landwirtschaftsminister Petersson, der sehr gemäßigten liberalen Anschauungen huldigt und bereits Minister im verflossenen konservativen Ministerium Lindmann war. Damals bildete er quasi die Brücke von der Regierung zu den Liberalen und in Zukunft wird es jedenfalls umgekehrt sein.

Daß das neue Ministerium mit Rücksicht auf die Konservativen gebildet worden ist, kann man jedoch nicht behaupten. Mit Ausnahme des Landwirtschaftsministers sind fast alle Mitglieder entschieden liberal, teilweise sogar, wie der Marineminister Larsson, radikal-liberal, und deswegen von den Konservativen direkt gehaßt. Die erste bedeutende Regierungshandlung wird denn auch die Auflösung der Ersten Kammer sein. Der Ministerpräsident Karl Staaf hat ausdrücklich als Bedingung für die Bildung des neuen Ministeriums die Auflösung der Ersten Kammer verlangt und der König mußte dies zugestehen. Unbedingt notwendig ist die Auflösung nicht, denn die hier in der Mehrzahl sich befindenden Konservativen bedeuten in Wirklichkeit nichts, weil sie bei den Kollektiv-Abstimmungen stets in der Minderheit bleiben. Aber die Liberalen verfolgen das natürliche Ziel, und dazu soll die Auflösung der Ersten Kammer dienen, sich auch von der Sozialdemokratie unabhängig zu machen. Man hegt in liberalen Kreisen die Hoffnung, durch eine Neuwahl zur Ersten Kammer soviel neue Mandate zu erhalten, daß man nach rechts und links unabhängig ist.

Mit Spannung verfolgt man aber die Haltung, die die neue Regierung gegenüber dem Militarismus zu Wasser und zu Lande einnehmen wird. Die Tatsache, daß zum erstenmal die Posten des Kriegs- und Marineministers von Zivilpersonen besetzt sind, und zwar von zwei der entschiedensten Linksliberalen, gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß der unsinnigen Militärpolitik der letzten Jahre ein Ende gemacht wird. Unter beständigen Hinweisungen auf die russischen Rüstungen hat man dem Lande Opfer für die Verstärkung der Land- und Seemacht auferlegt, die wirklich die Leistungsfähigkeit des Volkes weit übersteigen und das Land in immer tiefere Schuldenlast stürzen. Mehr als 90 Millionen beträgt der Militäretat jährlich, d. i. nicht viel weniger als die Hälfte der jährlichen Gesamteinnahmen, über die das Land verfügt. Hier müssen Erleichterungen geschaffen werden, wenn Schweden nicht früher oder später bankerott werden soll. — Auch die Beziehungen zu dem Nachbarlande werden günstiger werden, denn die Liberalen und selbstverständlich auch die Sozialdemokraten standen der Selbständigmachung Norwegens im Jahre 1905 nicht ablehnend gegenüber und traten immer für eine Verständigung mit diesem Lande ein.

Was die Arbeiter von der neuen Regierung erwarten, ist vor allen Dingen eine Sozialgesetzgebung. Anfänge, aber nur kümmerliche, die den Konservativen bisher abgerungen werden mußten, sind vorhanden, genügen jedoch selbstverständlich bei weitem nicht. Der geradezu schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter, Frauen und Kinder bei der Bergwerksindustrie im hohen Norden, bei der Textilindustrie usw. durch die hochkonservativen Großindustriellen und Aussperrungsfabrikanten muß unbedingt ein Ende gemacht werden. Wie weit hier die neue Regierung den Arbeitern entgegenkommen wird, davon wird die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber den Liberalen abhängen. Und hier wird es sich zeigen, ob auf die Liberalen Verlaß ist, oder ob sie gegen die Arbeiter die Hilfe der Konservativen annehmen werden, um die Forderungen der Arbeiter zu Fall zu bringen. Vertrauensselig werden die schwedischen Arbeiter nicht sein, denn sie wissen, daß auch die neue Regierung ihr Feind ist und nur solange ihre Hilfe in Anspruch nimmt, als sie deren bedarf. Unser Stockholmer Parteiorgan schreibt über das neue Ministerium: „Es erstreckt sich von Petersson bis Jakob Larson, von dem gemäßigten bis zum radikalsten Flügel der Liberalen, aber der Schwerpunkt ist das alte Quartett Staaff-Bergström-Schotte-Berg. Seine Zukunft beruht im wesentlichen darin, in welchem Maßstabe diese vier gelernt haben aus den Erfahrungen und der Zeitentwicklung seit dem Jahre 1906. Es sind Zeichen, die darauf hindeuten, daß sie etwas gelernt haben, aber es fehlen auch nicht solche, die auf weniger hoffnungsvolle Möglichkeiten schließen lassen. So wie die Regierung jetzt zusammengesetzt ist, wird die natürliche Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bis auf weiteres eine freundlich abwartende sein."

Also, den Arbeitern ist nicht allein gedient mit der Durchführung des rein politischen Programms der Liberalen, welche eine neue, moderne Verfassung mit gleichen Rechten aller Staatsbürger verheißt; sie wollen natürlich auch von dem politischen Systemwechsel in sozialer und materieller Hinsicht gewinnen. Und geht diese Hoffnung nicht in Erfüllung, wird die ganze Energie der Arbeiter drangewendet werden, um auch diese neue Regierung zu fällen und damit einer wirklich volkstümlichen Platz zu schaffen. Die erste große Etappe zu diesem Ziel ist zurückgelegt, an dem Verhalten der neuen Regierung zu den Arbeitern wird es liegen, wie lange Zeit diese gebrauchen, um die zweite und letzte Etappe zurückzulegen.

Die Zarenschmach in Deutschland.

Am 11. d. M. findet vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer für die Provinz Brandenburg die Verhandlung gegen den Genossen Dr. Karl Liebknecht statt, die vom ersten Zivilsenat des Kammergerichts angeordnet worden ist. Die Vorgeschichte dieses Falles ist bekannt. Im Oktober vorigen Jahres wandte sich der Rechtsanwalt Schwabe in Berlin an den Justizminister mit dem Antrage, gegen Liebknecht wegen seines Auftretens auf dem Magdeburger Parteitag einzuschreiten. Der Justizminister gab dem Antrag des Denunzianten sofort bereitwillig statt und setzte den behördlichen Apparat in Bewegung,

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kretzer.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Als gesundes, frisches Mädchen war sie seine Frau geworden, und wenn sie ihn auch nicht aus Liebe geheiratet hatte, so durfte sie doch wenigstens hoffen, nicht zur Schuldigen in diesem Sinne zu werden. So schwand ihr allmählich auch die Vorstellung von etwas Strafwürdigem: sie hatte vielmehr nur das Bewußtsein einer befreienden Tat, eines wirklichen Mutes zur Sünde, den sie zeige, um ihre Frauenehre zu retten. Dieser innere Widerspruch wurde ihr gar nicht klar, sie gab sich nur einzig dem Verlangen hin, zu beweisen, daß eine gesunde Frau auch gesunde Kinder zur Welt bringen könne.

So kam der Tag, wo sie ihrem Manne das dritte Kind schenkte; und es kamen die Wochen und Monate, wo sein Glückstaumel immer größer wurde, bis dann auch die nächsten Jahre ihn zu der unerschütterlichen Erkenntnis brachten, daß dieses Stückchen gesunder Menschenschöpfung sein unbestreitbares Werk sei, obwohl die Ähnlichkeit mit ihm diesmal entgleist war. Um so besser, um so schöner! Auf alle Fälle war die Ehre der männlichen Linie der Frobels wieder gerettet. Als aber dabei gar nichts für Ernestine abfiel, wurde ihr die Sache zu bunt, und so sagte sie ihm frei ins Gesicht: „Nein du, das bin ich — ich ganz allein. Diesmal habe ich gesiegt."

Dietrich machte zwar zuerst ein dummes Gesicht, steckte dann aber eine lachende Miene auf und nahm ihr diesen Einwand gar nicht übel. Im Gegenteil fand er ihn ganz natürlich, denn es war unbestreitbar, daß der Junge nach seiner Mutter kam. Wenn auch: er war und blieb der Erzeuger, und das genügte ihm.

Er wurde erst wieder kleinlaut, als Edda kam, und dann völlig geduckt, als sich auch bei Annemarie die Spuren der Entartung zeigten. Merkwürdig, daß sich die große Leidenschaft der Liebe, mit der seine Frau sich damals beinahe entschuldigt hatte, später nicht mehr so erfreulich gezeigt hatte! Man konnte es ihm nicht übel nehmen, daß er nun noch mehr zum Ehesklaven wurde und sich ganz und gar der Herrschaft dieser gewaltigen Frau beugte, die ihm die Anfechtbarkeit seiner Schöpferkraft vierfach bereits vorgeführt hatte. Er hatte genug davon. Wenn sie ihre großen Leidenschaften nicht mehr opfern wollte, dann gab er lieber das Spiel auf und beschäftigte sich fürderhin mit den Münzen und dem Ballett.

Alles dies ging noch einmal in Frau Frobels Kopf herum, als sie in der vergangenen Nacht, übermuntert durch die Vorgänge, lange den Schlaf nicht finden konnte. Und noch bis in den Morgentraum hinein spielten die Ereignisse als loser Spuk, bis sich dann ein Teil davon beim Kaffee wieder zur Wirklichkeit erhob. Ihr Mann, der immer früh aus den Federn war, weil seine Münzen ihn im Schlafe verfolgten, kam ihr schon mit der Zeitungskritik entgegen. Emmerich war gründlich vermöbelt worden, und, was noch schlimmer war, sein gänzlicher Niedergang wurde mit jener Ehrfurcht behandelt, mit der man einem Greise behilflich ist, den Weg die Treppe hinunter zu finden. Frau Frobel sagte nicht viel dazu, denn das war vorauszusehen gewesen.

Dann ging sie wie gewöhnlich, wenn auch etwas später als sonst, ihren Geschäften nach. Heute waren Wohltätigkeitsdinge zu erledigen, wozu sie der Hilfe des alten Herold bedurfte. Gerade um diese Jahreszeit trat man mit unzähligen Wünschen an sie heran, die ungemein zeitraubend für sie waren. Da kam man mit Basaren, mit Krippen, mit Konzerten zu edlen Zwecken, mit großen Festen für arme Kinder (wo man die Kleinen tot tanzte, wie sie zu sagen pflegte); mit Tombolas für große, öffentliche Bälle, für Künstlervereinigungen und Frauenklubs, bereits für das neue Jahr bestimmt, und mit sonstigen Veranstaltungen aller Art, die nicht gut zu umgehen waren. Dazu gesellten sich an jedem Morgen ein paar Dutzend Bettelbriefe, die doch gelesen werden mußten, denn es konnte sein, daß sich wenigstens ein Bedürftiger darunter befand. Das alles wollte erledigt sein, und so hatte die Stenographin manchmal eine Stunde lang Briefe aufzunehmen, bevor sie an ihre Maschine zurückkehrte.

Als Frau Frobel an ihrem Schreibtisch Platz nahm, fand sie bereits einen Stoß Billetts und die Liste vor, die Herold aufgesetzt hatte, ihr die Auswahl überlassend. Die Doppeltür war geschlossen, und so konnte sie noch einen flüchtigen Blick in den Handspiegel werfen, bevor sie Leben hereinrief. Sie sah grau aus, was wohl auch von der weißen Beleuchtung kam, denn an den Fenstern strich zum ersten Male der Schnee in großen Flocken hernieder. Aber nein, es mußten wohl die Folgen der Nacht sein, denn sie fühlte es ja auch in ihren Gliedern, in denen sie etwas Schweres mit sich herumschleppte. Endlich raffte sie sich auf und klingelte nach Herold. Statt des Alten jedoch, der nicht an seinem Pulte war, kam Günther hereingestürmt, ganz gegen ihren Willen, denn sie hatte die Absicht gehabt, zuvor den Alten zu fragen, ob er mit dem Aushorchen schon etwas erreicht habe. Zeit genug hatte sie ihm dazu gelassen, denn es war glücklich zehn Uhr geworden.

Dieser Frobel junior, wie man ihn allgemein im Geschäft nannte, weil der älteste für das Personal nicht in Betracht kam, war ein eigenartiger Mensch, sowohl was seine Erscheinung als auch sein Wesen anbetraf. Kräftig und schlank gewachsen, mit einem länglichen Gesicht, in dem nur der Mund etwas zu breit geschnitten war, ähnelte er seiner Mutter auffallend, abgesehen von der Farbe von Haar und Augen, denn sie war brünett und hatte dunkle Augen, während sein Haar schon ins Blond ging und die Augen einen Stich ins Graue hatten. Auf alle Fälle ein hübscher und frischer Jüngling mit einem modernisierten Römerkopf, auf dem die glänzende, gekräuselte Haardecke über einer prachtvollen Stirn lag. Obwohl er so das Bild seiner Mutter bot, hatte er durchaus nichts von ihrem festen Willen, vielmehr zeigte er sich unberechenbar in allen seinen Handlungen, weil er sich von seiner Stimmung tragen ließ.

„Guten Morgen, Mama, ausgeschlafen?" begrüßte er sie und machte seine artige Verbeugung vor ihr.

„Na, es geht", erwiderte sie, zog ihn zu sich herab und küßte ihn herzhaft auf den Mund, denn sie hatte heute das Bedürfnis nach großer Zärtlichkeit. „Es ist etwas spät geworden, ich bin ordentlich ärgerlich."

„Ja, Papa hat mir schon alles erzählt. Es war ja eine ziemlich lange Sitzung," erwiderte er und zeigte sein breites Lächeln, das ihm immer so gut stand, weil dann die kernigen Zähne unter dem dunklen Bartstrich glänzten. „Bei solchen Scherzen fehle ich natürlich immer."

„Ach, sei froh, daß du nicht dabei warst. Denn eigentlich war es recht langweilig."

„Trotz deines alten Schwarms?" neckte er sie. „Das war ja ein merkwürdiges Zusammentreffen."

„Ja, das war es. Eigentlich mehr Zufall, aber er lag so nahe, wie das Theater . . übrigens du —"

Frau Frobel wollte diese Sache umgehen, und so suchte sie nach Worten, wobei sie in den Papieren vor sich kramte.

„Kam es dir nicht etwas schamlos vor, daß er sich euch so aufdrängte — so nach alledem, meine ich," fuhr Günther indessen fort, ohne sich mehr dabei zu denken, als daß er damit ihr aus der Seele spräche. Denn obgleich sie sich niemals näher über Emmerich zu ihm ausgelassen hatte, kannte er ihn doch als ewigen Bittsteller, der sich immer auf die selige Großmama beziehe.

„Es war wohl die Freude des Wiedersehens, die ihn alles vergessen ließ," redete sich Frau Frobel aus. „So ein

um Liebknecht wegen seines flammenden Protestes gegen die Zarenschmach an den Kragen zu gehen. Im Verlauf von einigen Monaten wurde auf Veranlassung des Justizministers in den entsprechenden Instanzen die Frage erwogen, ob man gegen den Genossen Liebknecht ehrengerichtlich oder strafrechtlich vorgehen könne. Der Oberreichsanwalt wie der Oberstaatsanwalt in Naumburg und der Erste Staatsanwalt in Magdeburg fanden keine gesetzliche Handhabe für die strafrechtliche Verfolgung unseres Genossen und entschieden deshalb diese Frage in verneinendem Sinne. Daraufhin richtete der Oberstaatsanwalt am Kammergericht an den Vorstand der Anwaltskammer in Berlin den Antrag, ein ehrengerichtliches Verfahren gegen Liebknecht einzuleiten. Dieser Antrag wurde von den Standesgenossen Liebknechts abgelehnt. Auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts erfolgte am 27. Januar dieses Jahres der Beschluß des Kammergerichts, der über den ursprünglichen Antrag weit hinausging und unter Abstandnahme von einer Voruntersuchung sofort das Hauptverfahren eröffnete. Erst dann — also fast ein halbes Jahr nach seiner Magdeburger Rede — erfuhr Genosse Liebknecht von dieser ganzen gegen ihn gerichteten Staatsaktion. Bis zu dem Moment der Zustellung des Kammergerichtsbeschlusses hatte er keine Ahnung, daß ein hochnotpeinliches Verfahren gegen ihn im Gange war. Diese Angelegenheit beschäftigte daraufhin auch das preußische Abgeordnetenhaus. Die sozialdemokratische Fraktion hatte — gegen den Wunsch von Liebknecht — aus prinzipiellen Gründen den Antrag eingebracht, daß das Verfahren gegen unseren Genossen eingestellt werde. Dieser Antrag, der der bisher geübten Praxis durchaus entsprach, und dem bisher stets anstandslos entsprochen worden war, wurde aber von der Geschäftsordnungskommission abgelehnt. Indessen konnte dieser Beschluß, der als Ausfluß niederer politischer Rachsucht der schwarzblauen Majorität des Abgeordnetenhauses angesehen werden muß, im Plenum nicht aufrecht erhalten werden, da das Zentrum im letzten Augenblick umfiel. Es wurde infolgedessen mit kleiner Majorität der Antrag angenommen, daß das ehrengerichtliche Verfahren während der Dauer der Session eingestellt werde.

Die für den 11. d. M. angesetzte Verhandlung bot dem Genossen Liebknecht endlich Gelegenheit, mit dem Vertreter der Anklagebehörde in dieser Frage die Klinge zu kreuzen. Diese Auseinandersetzung ist für die Öffentlichkeit durchaus erwünscht. Gibt sie ihr doch wieder einmal Gelegenheit, sich eingehender mit den fürchterlichen Zuständen im Zarenreiche und der Person des Blutzaren zu beschäftigen, dessen fluchwürdiges Treiben mehr denn je den Abscheu der gesamten Kulturwelt erweckt und den allgemeinen Protest gegen seine bestialische Henkerregierung herausfordert.

* * *

Genosse Liebknecht vor dem Ehrengericht. Mittwoch mittag 12 Uhr begann vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer die Verhandlung gegen den Genossen Karl Liebknecht. Den Vorsitz führt Justizrat Dr. Krause, Richter sind Justizrat Jakobsohn, Stubenrauch, Irmler und Lisco. Die Staatsanwaltschaft wird durch Oberstaatsanwalt Kämpfer vertreten. Genosse Liebknecht sollte in seiner Rede auf dem Magdeburger Parteitag den Zaren beleidigt haben durch den Ausdruck „gekrönte Verbrecher“. Weiter soll er die preußische und hessische Regierung dadurch beleidigt haben, daß er ihnen vorhielt, sie hätten Maßnahmen zum Schutze des Zaren getroffen, hätten sich dem Zaren gefällig gezeigt durch die Verbote von Versammlungen und hätten damit die Möglichkeit geschaffen, daß auch in Deutschland ein ähnliches Willkürregiment herbeigeführt werden könne. Wegen des Angriffs auf den Zaren kam das Gericht zu keiner Verurteilung, weil man annahm, daß Genosse Liebknecht soviel Material gegen den Zaren und die russische Regierung in Händen hätte, daß er seinen Vorwurf sehr wohl beweisen könne. Dagegen wurde wegen der Angriffe auf die preußische und hessische Regierung auf einen Verweis erkannt. Der Oberstaatsanwalt hatte einen Verweis und 3000 Mark Geldstrafe beantragt. Genosse Liebknecht wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Aus der Partei.

Zwangsetatisierung der „sozialdemokratischen Stadt“. Die Stadt Höhscheid bei Solingen hat eine sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit. Diese hielt den Polizeibestand der Gemeinde, fünf Polizeisergeanten und einen Hilfspolizeibeamten, für ausreichend. Sie weigerte sich deshalb auch, auf das Verlangen des Regierungspräsidenten nach Einstellung eines Polizeikommissars und zweier weiterer Polizeisergeanten einzugehen. Der Regierungspräsident erließ darauf eine Verfügung, durch die er „feststellte“, daß die Stadtgemeinde verpflichtet sei, durch einen Kommissar und zwei Sergeanten ihren Polizeibestand zu vermehren, und forderte die Gemeinde auf, die erforderlichen Besoldungsbeträge, die er näher spezialisierte, bereitzustellen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte das durch Beschluß vom 14. März 1911 ab. Nunmehr schritt der Regierungspräsident zur Zwangsetatisierung, indem er die Einstellung der fraglichen Beträge in den Etat anordnete. Die Gemeinde, vertreten durch die Stadtverordneten-Versammlung, erhob Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Sie bestritt, daß die Anstellung weiterer Polizeibeamten notwendig sei. Die vorhandenen Kräfte seien bei den mehr ländlichen Verhältnissen der Gemeinde ausreichend. Auch wären die Gemeindelasten in der etwa 16 000 Einwohner zählenden Gemeinde schon sehr hoch. Zum Beispiel würden an Grund- und Gebäudesteuer 260 Prozent Zuschlag und an 270 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben. Die Armenlasten und die Ausgaben für das Schulwesen seien besonders hoch, ferner seien neue Schulbauten durchaus notwendig. Nachdem das Ober-Verwaltungsgericht ohne mündliche Verhandlung einen ungünstigen Vorbescheid erteilt hatte, stand jetzt auf Antrag der Stadtverordneten-Versammlung vor dem ersten Senat dieses Gerichts Termin zur mündlichen Verhandlung an. Redakteur Deifel als Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung erklärte, daß der Regierungspräsident willkürlich verfahren sei und daß er dies nachweisen möchte. Dazu wären aber gewisse Akten notwendig, die der Bürgermeister vom Regierungspräsidenten zurückerbeten habe, die aber bis zur Abreise des Vertreters noch nicht zurück gewesen seien. Er bitte deshalb um Vertagung. Neben der Klage sei auch noch Beschwerde beim Minister des Innern erhoben worden, die noch nicht entschieden sei. Das Ober-Verwaltungsgericht wies unter Ablehnung des Vertagungsantrages jedoch die Klage endgültig ab und führte aus: Gegenüber der Zwangsetatisierung habe das Ober-Verwaltungsgericht nur zu entscheiden, ob sie gesetzmäßig und vom Regierungspräsidenten innerhalb seiner Befugnisse erlassen sei. Beides sei aber nach den §§ 3 und 4 des Polizeiverwaltungsgesetzes der Fall. Der Verwaltungsrichter habe hier weder die Zweckmäßigkeit noch die Notwendigkeit zu prüfen, noch darüber zu entscheiden, ob Willkür obwaltete. So müsse die Klage abgewiesen werden. — Die Fragen der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit, sowie den Einwand der Willkür könne dagegen der Ministrr in dem Beschwerdeverfahren berücksichtigen. Wenn sie den Minister dazu führen sollten, die Verfügung des Regierungspräsidenten aufzuheben, dann würde sie damit allerdings aus der Welt geschafft sein.

Ein harter Gemeindewahlkampf steht dieses Jahr der Sozialdemokratie in Stuttgart bevor. Die Gemeinderatswahl ist auf den 8. Dezember festgesetzt, der Wahlkampf aber bereits eröffnet worden. Von den 24 von der Bürgerschaft gewählten Mitgliedern des Gemeinderats (die vier besoldeten Stadträte werden vom Kollegium gewählt) scheidet ein Drittel aus. Vier von den acht Mandaten sind in unserem Besitz. Sie sind eine Erbschaft aus den Zeiten der Mehrheitswahl. Mit der neuen Gemeindeordnung 1907 ist die Verhältniswahl in Kraft getreten. Bei der letzten Gemeinderatswahl 1909 stimmten 9772 Wähler für unsere Kandidaten. Das sind 40,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Mittlerweile hat sich der Klassengegensatz zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie ungemein verschärft. Zu Hilfe kommt den bürgerlichen Parteien die Abwanderung vieler Arbeiter aus der Stadt in die Vororte mit billigerer Wohngelegenheit. Dem dadurch bewirkten Verlust an Wählern hat die Sozialdemokratie durch intensive Agitation unter den Indifferenten entgegenzuwirken versucht. Nicht ohne Erfolg. Von Juli 1910 bis dahin 1911 stieg die Zahl der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart von 5141 auf 6833. Die Parteidifferenzen haben erfreulicherweise die Mitgliederzunahme nicht verlangsamt. Nur wird ein nicht geringer Teil der neugewonnenen Mitglieder schon früher für uns gestimmt haben. Immerhin können wir auf eine absolute und relative Stimmenzunahme rechnen. Damit nähert sich die Sozialdemokratie Stuttgarts aber immer mehr dem Zeitpunkt, da sie über die absolute Mehrheit der Stimmen und damit auch über die Mehrheit der Mandate verfügt. Um dieser „Gefahr“ zu begegnen, die Sozialdemokratie nicht zur herrschenden Partei auf dem Rathaus der Hauptstadt des Landes werden zu lassen, scheuen die bürgerlichen Parteien kein Mittel. Es ist ernstlich damit zu rechnen, daß sämtliche bürgerliche Parteien, Zentrum und Nationalliberale, Volkspartei und Konservative sich zusammentun und ihre Listen verbinden, damit ihre Stimmenzahlen zusammengerechnet gegen die sozialdemokratischen Stimmen stehen. Wie in Stuttgart, so steht es auch in den übrigen Gemeinden des württembergischen Landes. In 129 Gemeinden des Landes wirken 262 sozialdemokratische Gemeinderäte (eingeschriebene Parteimitglieder) auf den Rathäusern für unsere Ziele. Die fortschreitende Industrialisierung des Landes wird uns eine Anzahl neuer Mandate bringen, wird aber auch den Kampf verschärfen. Die Gemeinderatswahl in Württemberg dürfte zur Probewahl für die kommenden Landtags- und Reichstagswahlen werden.

Ein Cholerafall im Hause des italienischen Parteivorstandes. In den letzten Tagen haben sich in Rom mehrere Cholerafälle ereignet, deren Ursache das Sanitätsamt auf den Verkauf infizierter Milch zurückführt, die ungekocht genossen wurde. Ein unglücklicher Zufall hat gewollt, daß sich auch in dem Hause, wo der Parteivorstand seinen Sitz hat, ein Cholerafall ereignete. Alle Insassen des Hauses wurden auf fünf Tage in das städtische Lazarett überführt. Als am nächsten Morgen der Parteisekretär und die Bureauangestellten des Vorstandes an die Arbeit gehen wollten, wurde ihnen die Alternative gestellt, entweder das Haus gar nicht zu betreten oder nach dem Eintritt auf fünf Tage ins Lazarett zu gehen. Die Redaktion des „Sempre Avanti“ und die der „Soffitta“, die ihren Sitz in demselben Hause haben, wurden auch vor diese Wahl gestellt. Die aus diesem Zufall erwachsende Störung ist um so unerfreulicher, als der Parteivorstand augenblicklich mit der Vorbereitung des Parteitages, der am nächsten Sonntag in Modena zusammentreten soll, beschäftigt ist. Falls es nicht möglich sein sollte, die Dokumente aus dem aus sanitären Rücksichten gesperrten Hause zu erlangen, könnte sogar der Parteitag eine Verschiebung erleiden. Man kann sich die Störung vorstellen, die dem Parteibureau und den beiden Redaktionen aus der Maßregel erwächst. Bis jetzt habei die Redakteure noch nicht einmal die Herausgabe der Manuskripte erlangen können.

Aus der Jugendbewegung.

Eine Niederlage der Polizei in Halle. Zu Pfingsten dieses Jahres hat die Polizei in Halle den nach dort einberufenen Jugendtag aufgelöst, weil der Genosse Peters-Berlin eine politische Rede gehalten haben sollte. Peters wurde damals sistiert und zwei Tage lang in Haft behalten. Außerdem wurden noch weitere siebzehn Sistierungen vorgenommen, die Räume des Volksparkes, in dem der Jugendtag stattfinden sollte, wurden gesperrt, eine Anzahl Strafmandate im Gesamtbetrage von über 500 Mark wurden verfügt, der Redakteur des „Halleschen Volksblattes“, Genosse Koenen, hatte einen Prozeß zu bestehen und nun hat das Schöffengericht in Halle am Dienstag in der Verhandlung der Anklage gegen Peters festgestellt, daß die Rede, die er gehalten hat, keine politische war. Peters wurde deshalb freigesprochen.

Gewerkschaftsbewegung.

Über das Ergebnis der Tarifrevision im Buchdruckgewerbe entnehmen wir dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ noch einige Einzelheiten. Die materiellen Lohnaufbesserungen betragen, wie schon berichtet, durchschnittlich 10 Prozent. Die Löhne der Gehilfen erfahren in den drei Klassen eine Erhöhung von 23 auf 25, von 24 auf 26 und von 25 auf 27,50 Mk. wöchentlich. 80 Prozent der Gehilfen gehören der letzten Lohnklasse an. Die Löhne der im ersten Gehilfenjahre Stehenden wurden von 18 auf 19,50 Mk. aufgebessert. Die Grundpositionen der im Akkord arbeitenden Handsetzer wurden um rund 11 Prozent erhöht. Dazu kommen die Lokalzuschläge, bei denen bisher große Ungerechtigkeiten bestanden, die nun aber durch eine Neuregelung der Angelegenheit beseitigt wurden. Bei der Neuregelung erfolgte eine Einteilung der Orte, wie sie im Reichsbeamtenbesoldungsgesetz entsprechend den Wohnungs- und sonstigen

---

paar alte Bekannte treffen zu können, mit denen er sich mal aussprechen konnte. Die Situation macht die Menschen.“

Bewegt erhob sie sich, trat ans Fenster und warf einen Blick auf die Straße; dann setzte sie sich wieder, mit der Unruhe einer Mutter, die den Sohn soeben über den Vater lästern hörte, ohne etwas dagegen vorbringen zu können.

„Na, manchmal machen die Menschen die Situation,“ bemerkte Günther und schritt leicht und schwebend dem kleinen Tischchen am letzten Fenster zu, wo das Feuerzeug stand. Dort zündete er sich eine Zigarette an und kehrte dann mit behaglichem Schmunzeln zu seiner Mutter zurück, um von seiner Neigung zum Widerspruch noch mehr Gebrauch zu machen.

„Mach fein,“ warf Frau Frobel gleichgültig ein, heute nicht viel aufgelegt zu solchen Erörterungen.

„Emmerich zum Beispiel hat sich doch entschieden seine Situation selbst geschaffen. So nach allem wenigstens, was ich darüber gehört habe.“

„Er hat eben Pech gehabt und seine Stimme verloren“, erwiderte Frau Frobel ruhig. „Und gestern war's nur noch ein letzter trauriger Versuch.“

„Solche Versuche sollten eigentlich auch strafbar sein“, sagte Günther und gähnte verstohlen hinter seiner Hand.

Und als das Frau Frobel sah, fragte sie launig: „Dir wird wohl die Arbeit heute auch sauer, wie? Wann bist du denn nach Hause gekommen?“

„Ich, Mama?“ Er behandelte die Sache sehr gemütlich. „Da frag' nur unsern alten Herold, der weiß das schon beinahe besser als ich.“ Und als seine Mutter mit einem kleinen Schreck aufblickte, fuhr er lachend fort: „Denk nur: neulich will er mich nachts um zwei Uhr in der Friedrichstraße gesehen haben, mit einem kleinen Mädel sogar. Natürlich sagte er Dame; aber ich verstand ihn gleich. Er kam so ganz zufällig darauf.“

„Ach was“, warf Frau Frobel aufatmend ein und verstellte sich gründlich. „So spät ist der alte Herr noch unterwegs?“

„Ich habe ihn auch zur Solidität ermahnt, er muß doch unserem Hause noch lange erhalten bleiben“, scherzte Günther.

„Natürlich hatte er sich geirrt, nicht wahr?“ forschte Frau Frobel vorsichtig weiter.

„I wo,“ sagte Günther lachend. „Allerdings war es erst eins, aber um diese Zeit gehen ja alle Uhren in Berlin vor. Weißt du, es war am vergangenen Sonnabend, als ich dir gleich sagte, es würde etwas spät werden. Sonntags kann man ja ausschlafen.“

Frau Frobel faßte sich sofort, obwohl sie gewissermaßen starr über diese Offenheit war, die sich übrigens mit ihrer Ahnung deckte. „Da siehst du, wie vorsichtig man sein muß, selbst in dem großen Berlin,“ sagte sie dann.

„Weshalb vorsichtig?“ fragte Günther einfältig.

„Aber das brauche ich dir doch nicht erst klar zu machen, mein Junge,“ taute Frau Frobel auf. „Es ist doch nicht hübsch, wenn ein junger Mensch wie du, der bisher immer als streng solide gegolten hat, plötzlich von einem Herrn unseres Personals in solcher Gesellschaft gesehen wird. Ich bitte dich! Du weißt, wie lieb ich dich habe, aber das betrübt mich doch. Es ist mir auch ganz neu an dir, Günther.“

Ihr Herz bebte bei dem Gedanken, daß seine Jugend so frühzeitig in der Gefahr schweben könne, mit dem Sumpf des Berliner Nachtlebens in Berührung zu kommen.

Günther hatte nur das „junger Mensch“ herausgehört, das ihn kränkte. Denn er fühlte sich nun einmal bereits als Mann, zum mindesten doch als Kraftmensch, in dem die Natur zum verheißenden Frühsommer drängte. So stellte er sich denn in liebenswürdiger Herausforderung vor seine Mutter und sagte, gewissermaßen überlegen: „Aber erlaube mal, liebste Mama — ich bin schon neunzehn gewesen.“

„Ein hübsches Alter, nicht wahr?“ zog sie ihn auf.

Günther nickte großartig. „Und denk nur: man hält mich allgemein für zweiundzwanzig. Mindestens! Natürlich lasse ich die Leute auch in diesem Glauben.“

„Das kleine süße Mädel auch?“ forschte Frau Frobel besonnen weiter.

„Die erst recht,“ erwiderte er unverwüstlich. „Weißt du, man möchte doch gar zu gern als majorenn gelten, das macht bedeutend mehr Eindruck. Man fühlt sich auch mehr gehoben dadurch, mit einem Worte: man imponiert mehr. Kann auch mehr riskieren. So als grüner Junge zu gelten ist nicht schön. Das machen übrigens die meisten jungen Leute so. Man wird doch nicht gern rot, wenn man nach seinem Alter gefragt wird.“

Alles das sagte er mit köstlicher Offenheit, während er auf weichen Sohlen vor ihr auf und ab ging und sich den Scherz machte, dabei immer einzuknicken, was der Ausdruck seines diebischen Vergnügens sein sollte.

„Ja, das ist so, ich weiß es,“ sagte Frau Frobel ruhig. „Dann kommt aber doch mal die Zeit, wo man jünger sein möchte, es einem aber nicht mehr geglaubt wird. Dir wird's auch noch so gehen.“

„Dir glaubt man's aber heute noch, liebste Mama,“ rief er aus und umhalste sie, so daß ihr fast die Luft ausging.

„Schmeichler, du. Das zieht aber heute bei mir nicht.“

Sie sah ein, daß sie in dieser Weise nicht weiter mit ihm kommen würde, und so steckte sie denn eine ernste Miene auf. Nein, nein, er solle das nicht so leicht auffassen, wie vielleicht einer der Kommis hinten im Kontor, dem man deswegen nichts anhängen könne. Sie wünschte nicht, daß er, der bisher immer als Muster gegolten habe, schon in so jungen Jahren ins Gerede komme. Und was nur der alte Herold davon denken solle, dem er tagtäglich gegenübersitze! Ob es ihm nicht peinlich sei, gerade von diesem gesehen worden zu sein, wie? Frau Frobel redete sich so in ihre Rolle hinein, daß sie schließlich selbst an die Begegnung glaubte.

Der sorglose Günther aber war durchaus nicht verlegen; er lachte vielmehr, wie nur ein Jüngling lachen kann, der nichts Übles in seinen Handlungen sieht. „Der gute Herold?“ sagte er. „Pah, der versteht so was zu würdigen.“

„Nanu, nanu,“ wandte Frau Frobel verblüfft ein.

„Warum nicht? Pourquoi pas?“ trompetete Günther den Ehegemahl nach, was so eine kleine harmlose Schwäche von ihm war. „Papa Herold war doch auch mal jung“, fuhr er dann fort. „Und so hat er mich denn seiner Diskretion versichert. Eigentlich, weißt du, war es eine gegenseitige Versicherung.“ Und Frobel junior, in dem entschieden ein schauspielerischer Zug vorhanden war, ahmte ihm nach und nicht bloß in der Sprechweise: „Aber ich bitte Sie, mein hochverehrter Herr Günther, weshalb sollen Sie nicht, weshalb dürfen Sie nicht! Solch ein schneidiger, lebenslustiger Herr wie Sie, Tja, das sind Sie, tja, gewiß. Und wenn man so etwas von einem Apollo hat . . . Tja, das haben Sie . . und obendrein Frobel heißt, tja, so heißen Sie. Weshalb sollten Ihnen die Mädchen nicht nachlaufen, die lieben, kleinen Mädchen. Tja.“

Danach wurde Günther wieder Günther; er ließ den alten Pultsklaven fallen und reckte sich in seiner sonnigen Größe. „Also keine Angst, liebste Mama, der ist festgelegt. Aber versehen hat er sich doch, ganz gehörig. Sie ist nämlich blond, ganz hellblond, und nicht dunkel, wie er behauptete. Übrigens habe ich ihm auch sonst alle Ehrfurcht eingetrichtert. Sie ist nämlich keine Gewöhnliche, weißt du, nicht so eine mit Hausschlüssel und Wachsstreichhölzern . . . Künstlerin ist sie.“

(Fortsetzung folgt).

örtlichen Verhältnissen vorgesehen ist. Dadurch erfahren 211 Druckorte eine Erhöhung des Lokalzuschlages um durchschnittlich 2½ Prozent. Wie bei der letzten Tarifrevision im Jahre 1906 schon geschehen, soll jetzt auch denjenigen Gehilfen, die bis zu 3 Mk. über das Lohnminimum ihrer Altersstufe erhalten, eine entsprechende Aufbesserung zuteil werden. Für die darüber hinaus entlohnten Gehilfen empfiehlt die Unternehmerorganisation ihren Mitgliedern die Gewährung einer angemessenen Lohnzulage. Das Verlangen der Gehilfenvertreter, eine Arbeitszeitverkürzung eintreten zu lassen, stieß bei den Prinzipalen auf erheblichen Widerstand. Von den Prinzipalen wurde darauf verwiesen, daß sie nur in Rücksicht auf die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise sich zu den weitgehenden materiellen Zugeständnissen verstanden hätten. Auch die Gehilfenvertreter mußten darauf ihr Hauptgewicht legen und sich schließlich mit einer Festsetzung der Arbeitszeit von 53 Stunden pro Woche einverstanden erklären. Die Lehrlingsskala erhielt in Rücksicht auf die durch die Einführung der Setzmaschinen im Gewerbe hervorgerufenen Verhältnisse eine Einschränkung, um den notwendigen Ausgleich in der qualitativen und der quantitativen Ausbildung der Lehrlinge, besonders in den kleineren Druckereien zu schaffen. Der härteste Strauß wurde bei den Verhandlungen um die weitere Einführung der Akkordarbeit bei Maschinensatz ausgefochten. Nachdem bei der letzten Tarifrevision diese Entlohnungsmethode für die Zeitungssetzmaschinen zugestanden war, verlangten jetzt die Unternehmer, auf auch Drängen der Verleger, daß auch beim Werkmaschinensatz das Berechnen zugelassen werden soll. Die Gehilfenvertreter konnten es hierbei auf eine Machtprobe nicht ankommen lassen, da sie meinten, in der Öffentlichkeit damit nicht bestehen zu können. Zudem kam, daß nur in 40 Fällen bei Zeitungssetzmaschinen vom Rechte der Einführung der Berechnung Gebrauch gemacht worden ist. Da den Maschinensetzern auch eine zehnprozentige Lohnaufbesserung zugebilligt wurde — die Prinzipale wollten nur 5 Prozent bewilligen — und da eine effektiv achtstündige Arbeitszeit für Zeitungs- und Werksatz, ausschließlich Putzzeit für die Setzmaschine, zugestanden wurde, so glaubten die Gehilfenvertreter, daß die 3898 Maschinensetzer in Deutschland im Interesse ihrer 60 000 übrigen Kollegen sich damit bescheiden könnten; die Maschinensetzer genießen trotzdem noch eine etwas bevorzugte Stellung im Gewerbe. Den Gutenbergbund als Tarifkontrahenten zuzulassen, wurde auch diesmal abgelehnt. Der Vorsitzende des Gutenbergbundes wohnte den Tarifverhandlungen als Gast bei. Er hatte wohl eine Aufnahme in die Tarifinstanzen erhofft, während die Prinzipale ihm Sitz und Stimme im Tarifausschusse gewähren wollten. Die Gehilfenvertreter erklärten sich dagegen, wollten aber wie bisher keine Einwendungen dagegen erheben, daß eine Vertretung des Gutenbergbundes bei den Tarifverhandlungen zu Gehör kommen soll. Die Prinzipale zogen darauf ihren Antrag zurück. Das Ergebnis der dreizehntägigen Tarifverhandlungen, die an Schwierigkeiten und Anstrengungen alles in den Schatten stellten, was je bei den Revisionen zutage trat, dürfte als befriedigend bezeichnet werden. materiell dürfte es die Abmachungen der letzten Tarifrevisionen im Jahre 1906 übertreffen.

Zur Lohnbewegung in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelindustrie in Dresden. Auf die den Fabrikanten zugestellten Forderungen haben bis zum 6. Oktober nur 7 Firmen (in Betracht kommen 58) eine Antwort gegeben, die direkt und indirekt jede Verhandlung mit den Organisationsvertretern über die Forderungen ablehnen. Die Unternehmer haben eine Sitzung abgehalten, in der sie die Löhne nach ihrem Ermessen festsetzten. Nach einer Bekanntmachung der Firma Hartwig u. Vogel will diese Firma eine Lohnerhöhung bei Stundenlohnarbeitern um 2 Pfg., bei Arbeiterinnen um 1 Stunde eintreten lassen. Von Ferin ist darin keine Rede. Die Akkordarbeiter (rund 75 Prozent der Beschäftigten) gehen danach vollkommen leer aus. Die Firma begründet ihr Verhalten mit der enormen Steigerung der Rohmaterialien. Dabei steht fest, daß sämtliche Fabriken außerordentlich billige Abschlüsse laufen haben, sodaß sie von dieser Preissteigerung gar nicht berührt werden. Außerdem ist am 1. Oktober eine Preiserhöhung der Industrieprodukte in Kraft getreten, die die Steigerung der Rohmaterialien vollkommen aufwiegt. — So wie die Firma Hartwig u. Vogel arbeiten alle Fabriken, teilweise sogar noch günstiger. Auf die Forderungen hygienischer und sanitärer Art und die Beseitigung der Leibesvisitation hat die Firma überhaupt nicht reagiert. Weiter sagt die Firma Hartwig u. Vogel: „Wir lehnen den Tarifvertrag ab, weil erstens nach den bisherigen Erfahrungen weiterer Arbeitgeberkreise die Arbeitnehmer und ihre Organisation keine Gewähr dafür bieten, daß die Tarifverträge eingehalten werden." Diese beweislose Behauptung ist ja zweifellos nicht im Fabrikkontor von Hartwig u. Vogel entstanden, sondern wird dort nur nachgebetet. Es könnte den Herren Arbeitgebern jederzeit bewiesen werden, daß in ihren Reihen Tarifbrüche gang und gäbe sind. Es wird nunmehr das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden. Bei der bekannten Stellungnahme der Großkapitalisten den Einigungsämtern gegenüber besteht wenig Aussicht, daß es vor dem Einigungsamt zu einer Einigung kommen wird.

Industrielles Knallprotzentum. Das vor einiger Zeit von einer durch viele tausend Kruppscher Arbeiter besuchten Versammlung beschlossene Ersuchen an die Kanonenfirma, in Anbetracht der Teuerung eine Lohnerhöhung Platz greifen zu lassen, ist von dieser überhaupt nicht beantwortet worden. Sie geht im Gegenteil dazu über, die Akkordlöhne systematisch herabzusetzen. Dieses Vorgehen der Firma war nur möglich infolge des kläglichen Verhaltens ihres gelben Werkvereins, der jährlich 100 000 Mk. Zuwendungen von seinen „Brotherrn" erhält, und der auch bei dieser Gelegenheit betriebenen Zersplitterungsarbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes. In sechs massenhaft besuchten Versammlungen protestierten die Arbeiter Krupps gegen das empörende Verhalten der Firma und der genannten Organisationen. Wie tief die Erregung unter den zehntausenden Arbeitern geht, beweist, daß selbst die Hirsch-Dunckerschen Arbeiter sich dem Protest angeschlossen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Betrugsprozeß Wolff-Metternich. Am Dienstag wurden die Zeugenvernehmungen, worüber wir gestern bereits einen kurzen Bericht des Wolffschen Bureaus brachten, in der Hauptsache zu Ende geführt. Zeuge Frey, Direktor des Esplanade-Hotels, sagt aus, daß der Angeklagte ziemlich viel im genannten Hotel verkehrt hat. Er habe bezahlt, was er aß und trank und ab und zu Kellner angepumpt. Der Angeklagte bestreitet das, worauf der Zeuge Frey den Oberkellner Hollerbeck nennt, der von dem Angeklagten angepumpt sei. Angeklagter erklärt, er habe diesen Oberkellner für einen Manager gehalten. Er sieht sehr vornehm aus und tut nichts. Im übrigen werden Kellner auch von aktiven Offizieren angepumpt. — Vorsitzender: Wir wissen doch, wie es in der Welt zugeht. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. — Hierauf wird erneut der alte Herr mit dem angezweifelten Generalmajorstitel, Pault, als Zeuge vernommen. — Vors.: Sind Sie preußischer Generalmajor? — Zeuge: Nein, ich bin als Major aus dem preußischen Dienst ausgetreten. — Vors.: Warum haben Sie uns das nicht gleich gesagt? — Zeuge: Sie haben mich ja gar nicht danach gefragt. — Der Zeuge erklärt dann weiter, er habe in China, Port Arthur und Kiautschau gebaut, sei dort Generalmajor geworden und habe später in Peru und Honduras hohe Chargen bekleidet. In der Zeitung sei behauptet worden, er sei als Oberleutnant abgegangen. Das sei ein Unterschied wie zwischen einem Referendar und einem Landgerichtsdirektor. Der frühere Kriegsminister, von Einem, habe ihm gesagt, er dürfe sich Generalmajor nennen, außer in ganz offiziellen Schriftstücken, z. B. wenn er sich an den Kaiser wenden wollte. Sehr erregt wird dann der Zeuge, als der Vorsitzende die Einsichtnahme in ein Buch verweigert, das der Zeuge verfaßt und mitgebracht hat. Der Vorsitzende sagt hierauf: Benehmen Sie sich anständig; es tut mir leid, daß ich das einem so alten Manne sagen muß, aber ich kann nicht anders. Zu der Verlesung einer Mitteilung des Generalkonsulats in Peru durch den Staatsanwalt, worin der Zeuge des Landesverrats und des Betruges beschuldigt wird, bemerkt der Zeuge: Die Generalkonsulate im Auslande sind mir verächtlich. Der Bericht ist eine Lüge. — Staatsanwalt: Sie haben doch im Jahre 1904 einen Offenbarungseid geleistet? — Zeuge: Das kann sein. Ich habe auch im Jahre 1910 einen Offenbarungseid geleistet. — Verteidiger Dr. Jaffe: Es ist merkwürdig, wie der Staatsanwalt in alle Winkel des Privatlebens hineinleuchtet. Als er hier eine Kokotte als Belastungszeugin auftreten ließ, haben wir auch nicht auf ihr Vorleben hingewiesen. — Staatsanwalt: Es war doch kein Zweifel über das Vorleben des Fräulein Gutzke. Man wußte, daß sie . . . — Zeuge Pauli: Ein Freudenmädchen sei. — Vors.: Herr Zeuge, verhalten sie sich ruhig. — Der Staatsanwalt erklärt darauf, daß nachher der Zeuge Kriminalkommissar Krüger Näheres über den Zeugen Pauli mitteilen wird. — Zeuge Pauli: Mir ist es ganz egal, was der Kerl sagen wird. — Vors.: Was sollen wir mit dem alten Mann machen? Jetzt spricht er sogar von Kerl. — Zeuge: Ich werde hier den Vorsitzenden dieses Gerichts wegen Verleumdung verklagen. — Die Vernehmung des Zeugen Pauli wird hierauf durch die Vernehmung des Untersuchungsrichters, Landrichters Dr. Dreist, unterbrochen. Es entspinnt sich wiederum eine lange Auseinandersetzung über die Frage, ob der Justizminister in unzulässiger Weise Beeinflussung geübt habe. Bei diesen Erörterungen wird der Angeklagte äußerst erregt und spricht von einer gemeinen Lüge des Staatsanwalts, worauf der Vorsitzende ihn ermahnt, solche leidenschaftliche Ausbrüche zu unterlassen. Dann wird wieder in der Behandlung des Falles Pauli fortgefahren. Zeuge Kriminalkommissar Krüger erklärt, daß Pauli sich mit Heirats-, Ordens- und Titelvermittlung beschäftigt. — Vors.: Haben Sie nie Geld genommen für Heirats- und Ordensvermittlung? — Zeuge: Nein. — Vors.: Haben Sie sich auch nie Geld versprechen lassen? — Zeuge: Das kann ich ja. — Vors.: Aha! — Zeuge: Was soll das heißen: Aha. Sie versprechen viel mehr und halten viel weniger als ich. — Staatsanwalt: Es hat ja doch keinen Zweck, gegen diesen Mann vorzugehen. Aber wenn wir diesen Mann vernehmen, müssen wir gegen ihn vorgehen wie gegen jeden andern Zeugen. — Vert. Dr. Jaffe fragt den Kriminalkommissar, ob er es für schimpflich halte, jemand andern einen Orden zu verschaffen. — Zeuge Krüger antwortet ausweichend, das wäre ein Gutachten. — Zeuge Pauli: Ich bin vom Kriegsminister gebeten worden, verschiedenen Herren ausländische Orden zu vermitteln, weil er für gewisse Zwecke von diesen Herren Geld bekommen hat. (Bewegung.) Die Prinzessin Viktoria Luise . . . — Vors. (unterbrechend): Diese Erörterungen muß ich abschneiden. — Im weiteren Verlauf der Vernehmung wirft der Zeuge Pauli dem Staatsanwalt Lügen vor. Der Staatsanwalt beantragt auf Anregung des Vorsitzenden 50 Mk. Geldstrafe oder fünf Tage Haft. Die Wärterin des Zeugen tritt hervor und erklärt, der Arzt habe Pauli verboten, hierher zu kommen. Was er sage, spreche er in der Aufregung. Das Gericht verurteilt den Zeugen Pauli zu 24 Stunden Haft, die aber nicht gleich vollstreckt werden. — Zeuge zum Vorsitzenden: Wollen Sie zurücknehmen, was Sie vorgestern über mich gesagt haben? Ich verurteile Sie zu 100 Mk. Geldstrafe. (Große Heiterkeit.) Weiter hat das Gericht beschlossen, den Angeklagten, Grafen Wolff-Metternich, zu 48 Stunden Kostbeschränkung bei Wasser und Brot zu verurteilen. Die Strafe soll aber erst nach Beendigung des Prozesses verbüßt werden. — Angeklagter: Die Richter sind von mir moralisch gerichtet. Strafen Sie mich meinetwegen gleich mit 100 Stunden Kostbeschränkung oder schlagen Sie mir gleich den Kopf ab. Im übrigen bitte ich um eine Pause, weil ich Mittag essen möchte. (Bewegung und Heiterkeit.) — Vorsitzender (ganz ruhig): Wir werden jetzt eine Pause machen. Hierauf wird aufs neue Oberleutnant v. Fetter vernommen, der jetzt als aktiver Offizier in Mainz dient. Er bestreitet, vom Hause Wolf Wertheim eine Rente bezogen zu haben, gibt aber den Empfang eines Darlehns von insgesamt 5000 Mk. zu. Er gibt auch zu, kaufmännischen Unterricht im Geschäftsbureau Wolf Wertheim erhalten zu haben, will diesen Unterricht aber nur genommen haben, um eine Lücke in seiner allgemeinen Bildung auszufüllen. Auf das allerentschiedenste bestreitet der Zeuge, je Heiratsabsichten auf Dolly gehabt zu haben. Und der wiederum vernommene Zeuge Leutnant a. D. Rittweger bestätigt ihm, außer dieser Forschung, daß er sich mehrfach auf Bällen gar nicht um Frau Dolly bekümmert habe. Damit sind vorläufig die Zeugenvernehmungen beendigt. Die Verteidigung hat noch den Antrag gestellt, folgende Zeugen zu vernehmen: den Oberhofmeister der Kaiserin Graf Mirbach zu Berlin, Landrat a. D. Kammerherrn v. Roell zu Berlin und den Geheimen Hofrat Rene zu Berlin. Diese drei Herren sollen als Zeugen und Sachverständige bekunden, daß es in den Kreisen der hohen und höchsten Gesellschaft absolut nicht als ehrenrührig oder herabsetzend angesehen wird, wenn jemand seine Beziehungen zu Fürstlichkeiten, Regierungen oder anderen einflußreichen Stellen und auch Behörden dazu benutzt, dritte Personen, die sich darum bemühen, Orden, Ehrenzeichen, Titel, Standeserhöhungen oder sonstige derartige Auszeichnungen zu erhalten, mit ihren Beziehungen in Verbindung zu bringen, um ihren Zweck zu erreichen. — In der Mittwochsverhandlung beantragte der Staatsanwalt nach einem anderthalbstündigen Plädoyer gegen den Angeklagten, unter Freisprechung von mehreren Betrugsfällen, wegen Betruges in acht Fällen eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und sechs Monaten. Die Plädoyers der Verteidiger sind am Mittwoch noch nicht zu Ende geführt worden.

Von einem Soldatenschinder. Vor dem Kriegsgericht der 8. Division zu Torgau hatte sich der 23 Jahre alte Unteroffizier Germann vom Infanterieregiment Nr. 72 wegen fortgesetzter Mißhandlung Untergebener zu verantworten. Nachdem man in Erfahrung gebracht hatte, daß die einzige im Zuschauerraum anwesende Person der Berichterstatter des Halleschen „Volksblattes" sei, wurde sofort wegen angeblicher Gefährdung militärdienstlicher Interessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Aus der öffentlich verkündeten Urteilsbegründung ging hervor, daß dem Unteroffizier nicht weniger als sechsunddreißig Fälle von Soldatenmißhandlungen nachgewiesen werden konnten. Wieviel Fälle dem Unteroffizier nicht nachzuweisen waren, wurde nicht ausgeführt. In dem einen Falle hatte der famose Rekrutenerzieher einem Untergebenen eine Ohrfeige gegeben, daß er auf einen spitzen Gegenstand stieß und längere Zeit im Lazarett verbringen mußte. Einem andern hatte er an die Wange geschlagen, daß ihm die Zähne drei Tage lang schmerzten und bluteten. Ein dritter wurde mit der Koppel so geschlagen, daß eine Beschädigung an der Oberlippe festgestellt wurde. In etwa 16 Fällen wurde dem Angeklagten nachgewiesen, Untergebene vor die Brust gestoßen zu haben. Für alle diese Mißhandlungen wurde Germann zu einer Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, auf Degradation hätte erkannt werden müssen, weil der Angeklagte als 23 Jahre alter Unteroffizier noch nicht reif sei zur Ausbildung von Rekruten.

Von der Militärjustiz. Der Karlsruher „Volksfreund" brachte vor einiger Zeit einige Artikel unter der Überschrift „Vom Kommiß", in welchen Kritik an der schimpflichen Behandlung geübt wurde, die ein Oberleutnant Otte vom Infanterieregiment Nr. 169 in Lahr den Reservisten der 2. Kompagnie angedeihen ließ. Das Kriegsgericht der 39. Division Kolmar hatte daraufhin ein Verfahren gegen den Oberleutnant eingeleitet wegen „vorschriftswidriger Behandlung Untergebener", in dessen Verlauf die Reservisten, die die Veröffentlichung der Angelegenheit veranlaßten, festgestellt wurden, die dann durch einfache Verfügung der 28. Division mit 14 Tagen Mittelarrest bestraft wurden „wegen gemeinsamer Verabredung während ihrer Übungszeit". Dieser Tage fand nun in Lahr im Gerichtszimmer der dortigen Infanteriekaserne die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den genannten Oberleutnant Otte statt, zu der zirka 14 Reservisten, Unteroffiziere und Soldaten als Zeugen geladen waren. Das Urteil lautete auf — sieben Tage Stubenarrest gegen den Oberleutnant. Das Fazit ist also ein blutiger Hohn auf die Gerechtigkeit, denn die Malträtierten, denen der Dank jedes Volksfreundes gebührt dafür, daß sie einem „Soldatenerzieher", wie er nicht sein soll, das Handwerk legten, wurden mit der schweren Strafe von je 14 Tagen Mittelarrest belegt, während der wirklich Schuldige mit sieben Tagen Stubenarrest davonkommt.

Bebels Erinnerungen.

Der zweite Band.

Im ersten Bande seiner Lebenserinnerungen hatte uns August Bebel erzählt, wie er aus der dunkeln Tiefe namenloser Millionen den Weg und das Glück fand, einer großen Sache als Führer dienen zu dürfen. In dem zweiten Bande sehen wir die proletarische Bewegung selber wachsen, bis zu dem Augenblick, da sie so mächtig geworden, daß der innere Krieg gegen sie erklärt wurde. Mit den Attentaten, die den Bismarckschen Pogromen gegen das Proletariat, dem Sozialistengesetz den Vorwand lieferten, schließt dieser umfangreiche, mit Urkunden, auch bisher unbekannten Briefen, reich ausgestattete Band. In einem dritten und letzten Bande will Bebel dann die 12 Jahre Sozialistengesetz schildern, für deren Darstellung ihm seine wiederaufgefundenen Briefe an Marx und Engels wertvolle Dienste leisten werden.

In der Periode, die der zweite Band umfaßt, findet die deutsche Arbeiterbewegung ihr Wesen, so, wie sie es seitdem zwar mannigfach entwickelt, aber doch nicht eigentlich verändert hat. Auch die Gestalt Bebels findet in dieser Zeit ihre feste und sichere Form, und man erkennt, wie sehr immer der Erzähler sein eignes Wirken ins Unscheinbare zu rücken sucht, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst klar und scharf die Züge Bebels trägt. Jene Vereinigung revolutionärer weitzielender Leidenschaft mit unermüdlicher praktischer Tagesarbeit, von ungebeugtem Opfermut mit der besonnenen Erfassung augenblicklicher Notwendigkeit, von wissenschaftlicher Vertiefung mit tüchtigem volkstümlichen Menschenverstand ist nicht nur die Art der deutschen Partei, sondern auch der Charakter August Bebels. Der entschlossene Vorkämpfer gegen die bürgerliche Gesellschaft zeigt in seiner strengen Lebensauffassung und kargen Lebensführung in Wahrheit jene Tugenden, auf die sich die bürgerliche Gesellschaft als ihre heiligsten Besitztümer fälschlich beruft. Niemand kann von so peinlicher Gewissenhaftigkeit, von so sorgfältiger Pflichterfüllung, von so praktisch-nüchternem Ernst auch in geschäftlich finanziellen Dingen sein wie dieser Mann, der all die Jahrzehnte hindurch immer wieder als der Zerstörer eben dieser Tugenden geschmäht wurde. Die kräftige Solidität der deutschen Sozialdemokratie, die vorbildlich für die Internationale geworden, ist ein scharf ausgeprägter Wesenszug August Bebels.

Mit der gefährlichen Episode, da das deutsche Proletariat trügerisch für fremde Interessen benutzt werden sollte, beginnt die Darstellung des zweiten Bandes. Die Sozialdemokratie ist wesentlich erst eine in wenigen Köpfen leuchtende und wirkende Idee, die Arbeiterschaft in ihrer Masse selbst gilt noch als politisches Werkzeug. Die Zersplitterung des kleinen Häufleins von Sozialisten in Sekten ist das äußere Zeichen der inneren Schwäche. Gerade an ihrem Anfang hat die deutsche Arbeiterbewegung die größte Gefahr zu bestehen gehabt, die ihr jemals gedroht hat. Wie Bebel die Tätigkeit des Herrn von Schweitzer behandeln würde, das hatte man mit Spannung erwartet. Früher herrschte über den Charakter Schweitzers Einmütigkeit, aber man weiß, daß neuerdings von sozialdemokratischer Seite mit großer Hingebung und erheblicher Geschicklichkeit eine Rettung versucht worden ist. Wir glauben, daß nach der jetzigen Darstellung Bebels die Akten geschlossen werden. Zwar vermag Bebel keine neuen Urkunden beizubringen, er kann nicht durch die Veröffentlichung von Welfenfondsquittierungen oder durch Polizeitaten beweisen, daß Schweitzer eine gedungene Kreatur der Bismarckschen Politik gewesen ist. Aber solche äußerlichen Dokumente sind auch nicht notwendig. Jede vollständige und lückenlose, unbefangen gewertete Sammlung der erweislichen und offenkundigen Zeugnisse der politischen Tätigkeit Schweitzers führt zu sicherem Ergebnis. Der geschichtliche Indizienbeweis, den Bebel aufbaut, scheint uns zwingend und in allem Entscheidenden unwiderleglich. Die eine Tatsache, daß die Gerichte Schweitzer zum Märtyrer stempelten, der preußische Strafvollzug aber einen Spott mit der Strafe trieb, ist ein untrüglicherer Beweis, als wenn man auf Heller und Pfennig die Summen kennen würde, die an Schweitzer bezahlt worden sind.

Auch Bebel wird den großen Fähigkeiten Schweitzers gerecht, und sein scharfes Urteil über die privaten Lebensauffassungen des Nachfolgers Lassalles mag man selbst ein wenig pedantisch finden. Aber daß Schweitzer bewußt die deutsche Arbeiterbewegung an Bismarck und seine Junkerpolitik ausliefern wollte, das wird man

nach Bebels Darstellung nicht mehr bestreiten können. Bismarck wollte das Proletariat gegen die aufsässige Bourgeoisie benutzen, und Schweitzer sollte der Mittler dieser Aufgabe sein. Zudem galt es die großpreußische gegen die großdeutsche Politik mit der Hilfe der Arbeiterschaft durchzusetzen. Es ist richtig, daß Schweitzer nicht selten, weil sein Blick eben durch keinerlei Idealismus verschleiert war, die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse und die geschichtlichen Entwicklungen richtiger beurteilt hat als die enthusiastischen Eisenacher. Der von Schweitzer betätigte wichtige Grundsatz, daß man sich in der Politik mit den einmal gegebenen Tatsachen abfinden müsse, war im andern Lager noch nicht durchweg beherzigt. Aber es ist ein anderes, ob man die Tatsachen hinnimmt, um durch Erzeugung neuer Tatsachen sie zu überwinden, oder ob man sich bloß aus dem Grunde mit ihnen abfindet, weil man keine andern will. Es ist vielleicht denkbar, daß Schweitzer für die Arbeiterbewegung Erfolge errungen hätte, wenn er ehrlich Bismarck für die proletarische Sache hätte benutzen wollen. Aber da er sich von Bismarck benutzen ließ, mußte sich sein Schicksal rasch vollenden, während die „unpraktischen Schwärmer" zur unbesiegten Weltmacht emporstiegen.

Schon die ersten parlamentarischen Anfänge Bebels im norddeutschen Reichstag und dem Zollparlament zeigen Bebel als den geborenen Praktiker. Liebknecht rang damals noch, wie auch gelegentlich in späteren Zeiten, mit antiparlamentarischen Anwandlungen, mit einer Neigung zu demonstrativen Protesten und anklägerischer Abstinenzpolitik. Bebel aber ging mit merkwürdiger Sicherheit sofort an die Arbeit, entschlossen, dem Tag und dem Augenblick zu entreißen, was an kleinen und größeren Vorteilen für das Proletariat, für den Sozialismus und die Demokratie nur irgend zu erreichen wäre. Aber niemals war er in den großen Schicksalsfragen der grundsätzlichen Weltanschauung Opportunist. Dann stand er aufrecht, und wenn er ganz allein stand, dann war er und Liebknecht eins. Es war nicht nur Heldenmut, sondern es war auch eine allen Göttern und Götzen der Zeit überlegene tiefere geschichtliche Einsicht, daß sie in jenen Tagen, da selbst in den eignen Reihen der jungen und schwachen Partei nationalistische Ausbrüche alle Vernunft überschwemmten, stolz und unbeirrt in ihrem gefährlichen Widerstand gegen den Bismarckschen Krieg beharrten. Es hat etwas Ergreifendes, wenn heute, nach mehr als vier Jahrzehnten der Führer der stärksten und gefürchtetsten Partei Deutschlands mit ruhiger und überlegter Bestimmtheit schreiben kann: Ich bekenne, daß ich unsre damalige Haltung in keiner Weise bedaure, und daß, wenn wir bei Ausbruch des Krieges bereits gewußt hätten, was wir im Laufe der nächsten Jahre auf Grund amtlicher und außeramtlicher Veröffentlichung kennen lernten, unsere Haltung vom ersten Augenblick an eine noch schroffere gewesen sein würde. Wir hätten uns nicht, wie es geschah, bei der ersten Geldforderung für den Krieg der Abstimmung enthalten, wir hätten direkt gegen sie stimmen müssen." In der Tat, die Entwickelung Europas wäre heller und fruchtbarer geworden, wenn damals die Bebel und Liebknecht über Deutschland hätten entscheiden können.

In diesen ersten Jahren der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie gelten die Vertreter der proletarischen Bewegung, so sehr sie von den Massen geliebt, von den denkenden Köpfen geachtet werden, bei den parlamentarischen Routiniers teils als lästige Störenfriede und gefährliche Verführer, teils als närrische Sonderlinge. So werden sie heute beschimpft und verfolgt, morgen ausgelacht. Einunddreißig Monate hat Bebel im Kerker sitzen müssen, als Schwurzeuge der neuen deutschen Einheit und Freiheit — so ernst nahm man ihn. Aber für die Routiniers des Parlaments galt er dann wieder als der kleine Drechslermeister aus Leipzig, der im Grunde in den Kreis der hochmögenden Politiker nicht gehörte. Nicht ohne stillen Humor verzeichnet Bebel diese Art der Behandlung. Die Lacher von damals wie die Verfolger sind heute lächerlich und verachtet, ins Nichts versunken. Heute ist die Partei des ehemaligen kleinen Drechslermeisters aus Leipzig der Mittelpunkt aller politischen Bewegung.

Für die Vorgeschichte des Gothaer Einigungskongresses bringt Bebel interessantes neues Material bei. Sein Briefwechsel mit Engels, der unseres Wissens bisher nicht bekannt war, verschärft noch das Bild der damaligen grimmigen Programmkritik von Karl Marx, die Liebknecht so verwegen gelassen im Interesse der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ignoriert. Auch aus den bösen Briefen von Friedr. Engels erfährt man jetzt, daß die entscheidende Tat der deutschen Sozialdemokratie, die Einigung zwischen Eisenachern und Lassallianern theoretisch und programmatisch ganz und gar nicht in Ordnung war; nichtsdestoweniger kam die Einigung zustande und gedieh ganz herrlich. Engels wendet sich in seinem Brief an Bebel gegen die großtönende, aber historisch falsche Lassallesche Phrase: Gegenüber der Arbeiterklasse seien alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse. Dieser Satz sei nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr. Ferner vermißt Engels im Gothaer Programm das Prinzip der Internationalität. Die Stellung der deutschen Arbeiter an der Spitze der europäischen Bewegung beruhe wesentlich auf ihrer echt internationalen Haltung während des Krieges. Das eherne Lohngesetz, die Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe werden verhöhnt. Weiter heißt es in dem Briefe: „Fünftens ist von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse vermittels der Gewerkschaftsgenossenschaften gar keine Rede. Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult, und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platterdings nicht mehr kaputt zu machen ist." Rein demokratische Forderungen wie die Gesetzgebung durch das Volk erscheinen Engels als Modesache, die mehr Schaden als Nutzen anrichten. Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der Gleichheit sei eine einseitige französische Vorstellung, die nur Verwirrungen in den Köpfen anrichtet. Auf einen beruhigenden Brief Bebels antwortet Engels noch ärgerlicher. Das inzwischen angenommene Programm erscheint ihm als „unordentlich, konfus, unzusammenhängend, unlogisch und blamabel". Auch die Tätigkeit des Parteiausschusses findet er gar nicht erbaulich. Der Ausschuß hatte Bahlteich verboten, die Korrespondenz für die „Frankfurter Zeitung" anzunehmen. „Was mich noch mehr dabei wundert als die Arroganz des Ausschusses und die Bereitwilligkeit, womit Bahlteich sich gefügt hatt, statt dem Ausschuß etwas zu pfeifen, ist die kolossale Dummheit dieses Beschlusses. Der Ausschuß sollte doch lieber dafür sorgen, daß ein Blatt, wie die Frankfurter, von allen Orten aus nur durch unsre Leute bedient wird." So schreibt Engels an Bebel am 12. Oktober 1875.

Man sieht aus diesem Beispiel, wie jeder Fortschritt in der innern Parteientwicklung sich nur unter heftigen Debatten und mißtönigen Reibungen durchzusetzen vermochte. Bebel aber hat sich fast immer mit einer bewunderungswürdigen Witterung für das Mögliche und Gebotene den Entscheidungen verpflichtet oder sie herbeigeführt, die schließlich durch den Erfolg als richtig erwiesen worden sind. Daher konnte auch Bismarck nicht aus Fehlern und Irrtümern der Sozialdemokratie den Vorwand für seine brutalen Gewaltmaßregeln nehmen, sondern er mußte durch Lügen und Fälschungen zufällige Geschehnisse, mit denen die Partei nichts gemein hatte, für die sie in keiner Hinsicht verantwortlich war, in den Dienst seiner Politik stellen. Das Sozialistengesetz war nicht die Konsequenz sozialdemokratischer Handlungen, sondern lediglich der letzte Ausfluß des herrschenden Systems. Aber der Frevel ist schließlich auch stets eine Dummheit. Keine große Bewegung ist möglich ohne Heldentum. Bisher waren es nur einzelne und wenige, die durch Verfolgungen zum Heldentum gestählt wurden, jetzt wurde die Masse selbst zum Helden erzogen. Unbeugsame opferwillige Entschlossenheit wurde das unverlierbare Erbe des deutschen Proletariats, das aus der Bismarckschen Politik blieb. Das tapfere und im höchsten Sinne glückliche Leben des einzelnen Führers wurde das Wesen der ganzen Klasse.

So ist dem kleinen Drechslermeister aus Leipzig Größeres beschieden gewesen als all den säkularen Menschen auf der Höhe: ihm ward Leben, Sache, Werk, Zukunft eins. —

Aus Nah und Fern.

Verschüttet. Gestern abend um 6 Uhr ist bei einem Neubau an der Hobrechtbrücke in Berlin ein Teil des Bürgersteiges in eine vier Meter tiefe Baugrube gestürzt und hat vier Arbeiter unter sich begraben. Den alarmierten Berliner und Rixdorfer Feuerwehren ist es gelungen, sämtliche Verschütteten zu retten. Zwei Arbeiter haben schwere, die beiden anderen leichtere Verletzungen davongetragen.

Vom Spielen in den Tod. An der Stadtgrenze von Luckenwalde hatten zwei Knaben einen etwa drei Meter tiefen Gang in einen Sandberg gegraben, als eine Seitenwand plötzlich nachgab und einstürzte. Zahlreiche Bewohner machten sich sofort an die Befreiung der Knaben. Einer wurde tot ans Tageslicht gebracht, bei dem anderen hatten die ärztlichen Wiederbelebungsversuche Erfolg.

So kommt das Volk zur Welt! Die „Königsberger Volkszeitung" schreibt in ihrer Nummer vom 4. Oktober: Gestern vormittag gegen 11 Uhr wurde im linken Flügel der von uns bereits geschilderten Bastion „Kavalier 3" unter den denkbar scheußlichsten Zuständen ein Proletarierkind zur Welt gebracht. Vor der Geburt schickte die unglückliche Mutter zur Hebamme, doch mußte sie erst Geld einschicken, ehe die Frau sich zur Hilfe bequemte. Hätte die arme Frau kein Geld gehabt, so wäre das Proletarierkind wie ein Hund zur Welt gekommen! Durch den Raum, in dem die Gebärende lag, zog durch zertrümmerte Fensterscheiben der Wind, während die andere Seite notdürftig mit Lumpen verstopft war. Um nicht zu frieren, mußte die Wöchnerin in Kleidern liegen! Jede Kocheinrichtung fehlte. Reinigungsvorrichtungen für Mutter und Kind waren nicht vorhanden! So kommen in Königsberg Proletarierkinder zur Welt. Wenn das arme Kind stirbt, dann trägt die Rathausmehrheit die Verantwortung. Im Gefängnis auf dem Oberhaberberg hat man vor den Zellenfenstern nicht einmal die Blechkästen fortgenommen. Den Leuten sagte man, sie sollten damit zufrieden sein! Die Räume wären eigentlich nicht zum Wohnen, sondern nur zur Aufbewahrung von Sachen da. Es fehlt auch hier jede Kochvorrichtung — die kleinen Kinder müssen auf dem Fußboden schlafen! Auch hier wird in nächster Zeit ein Kind ehrenhafter Eltern im finstern Kerkerloch zur Welt kommen! Ebenso wird im Dohnaturm in Kürze eine Frau in Gegenwart zahlreicher Kinder und Erwachsener gebären! Was haben diese Unglücklichen verbrochen, daß sie so gepeinigt werden?

Tod im Militärgewahrsam. Der 25jährige Tagelöhner Wilhelm Böhmer in Köln war zu einer militärischen Übung einberufen worden. Er stellte sich am Gestellungstage nicht, sondern reichte ein ärztliches Attest ein, wonach er als lungenkrank bezeichnet wurde. Er wurde hierauf aufgefordert, sich zur militärärztlichen Untersuchung zu stellen. Bei dieser wurde er für gesund befunden und zu 7 Tagen strengen Arrest verurteilt, die er sofort abbüßen mußte. Am letzten Tage der Haft des jungen Mannes wurde den Eltern mitgeteilt, daß dieser im Arrest gestorben sei. Die Todesursache sei noch unbekannt, es liege aber wahrscheinlich Kohlenoxydgasvergiftung vor. Die Auffassung des Arztes des Vaters stimmt mit dieser militärischen Angabe nicht überein. Es wird der Untersuchung vorbehalten bleiben, ob der Übungspflichtige nicht doch an seiner ihm vorher bescheinigten Lungenkrankheit gestorben ist.

Der Heilige Antonius als Oberstleutnant. Der „Blumenauer Urwaldsbote" veröffentlicht das folgende köstliche Geschichtchen: Einiges Aufsehen erregt die Streichung des Heiligen Antonius von Padua aus der Rangliste des brasilianischen Heeres, dem er fast 100 Jahre angehört hat. Er war nämlich im Jahre 1816 in aller Form zum Oberstleutnant mit vollem Gehalt (720 Milreis monatlich ernannt worden. Da der Heilige seinem Sold nicht selbst erheben konnte, wurde dieser an den Oberen des Franziskanerklosters in Bahia pünktlich ausgezahlt. Es handelte sich also im Grunde genommen um die etwas schnurrige Einkleidung einer Unterstützung des Klosters aus Regierungsmitteln. Solange in Brasilien der Katholizismus Staatsreligion war, mochte das angehen, als aber mit der Erklärung der Republik die Trennung von Staat und Kirche eintrat, hätte der Sache ein Ende gemacht werden müssen. Trotzdem nun, wenigstens in den ersten Jahren der Republik, der Positivismus im Heere den Ton angab, wurde dem Heiligen Antonius aus alter Anhänglichkeit sein Offiziersrang gelassen, und das Kloster strich nach wie vor den Sold ein bis zum Jahre 1908. In diesem ganzen Zeitraum hat Sankt Antonius dem Lande rund 800 000 Milreis, über eine Million Mark gekostet. Im Jahre 1908 wurde das Gehalt gestrichen, und — „Der Heilige Antonius von Padua war ganz verblüfft, wie das geschah". Nun hat aber der Obere des Franziskanerklosters in Bahia bei dem Finanzminister Einspruch erhoben und um Weiterzahlung des Soldes, sowie Nachzahlung der rückständigen Jahresbeträge ersucht. Der Finanzminister hat das Gesuch an den Kriegsminister weiter gegeben, und dieser wird einen Grund ausfindig machen müssen, um die Verabschiedung des Heiligen Antonius ohne Pension nach fast hundertjähriger Dienstzeit zu rechtfertigen.

Die geweihte Rute. Die Zeitschrift „Neue Weltanschauung" gibt aus einer in Donauwörth erscheinenden „Zeitschrift für katholische Mütter und Hausfrauen", betitelt „Monika", deren Mitarbeiter zumeist katholische Pfarrer sind, eine bemerkenswerte Probe geistlicher Pädagogik. In Nr. 8 bis 10 (1911) jenes bayrischen Blättchens vertritt ein geistlicher Einsender in einem Artikel „Die Rute, das geweihte Birkenreis" die Anschauung, daß in der Erziehung an körperlicher Züchtigung nicht gespart werden dürfe. Sie sei besonders dann am Platze, „wenn das Tierische des Leibes derart alles überwuchert, daß die andern empfohlenen Strafmittel nichts helfen". Die Rute müsse aber „mit dem Vaterunser gebunden" und mit „Gott segne es" aufgelegt werden! Ob die geweihten Prügel weniger schmerzhaft sein werden?

Scheußlicher Mord. In Helmbrecht in Oberfranken wurde eine 17jährige Schuhmacherstochter, die mit ihrem Bruder vom Tanz heimkehrte, vor ihrem Elternhause von zwei Fabrikarbeitern mit Zaunpfählen totgeschlagen. Sowohl der Bruder, mit dem die Arbeiter zuerst Händel angefangen hatten, sowie die auf das Geschrei herbeigeeilten Eltern wurden ebenfalls niedergeschlagen und auf das schwerste mißhandelt. Die Mutter ist schwer erkrankt.

Das Geständnis eines Bürgermeisters. Der Maire der durch ihre Tuchindustrie berühmten französischen Stadt Elboeuf hat im Gemeinderate das Geständnis gemacht, daß die Stadt infolge seiner ungeschickten Verwaltungsexperimente, besonders in der Beleuchtungsfrage, von einer finanziellen Katastrophe bedroht sei. Das durch ihn verursachte Defizit betrage 250 000 Francs. Maire Mouchel, der ehemaliger Gymnasialprofessor und radikal-sozialistischer Abgeordneter ist, erklärte zum Schlusse seiner Bekenntnisse reumütig, er betrachte seine Laufbahn als Stadtoberhaupt und Deputierter als vernichtet.

Ein Blumentagsbettel bei den Eisenbahnern. In den Tagen vom 16. bis 18. Oktober soll eine Riesenbettelei bei allen Beamten und Arbeitern der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und der Reichseisenbahnen in Szene gesetzt werden. „Christianenheim-Tag" nennt sich die Komödie. Es hat sich nämlich die Notwendigkeit herausgestellt, das Eisenbahntöchterheim in Erfurt auszubauen. Da man über die dazu erforderlichen Mittel von rund 200 000 Mk. nicht verfügt, und die Eisenbahnverwaltung sich auch nicht bemüßigt sieht, Geld herauszurücken, so will man durch einen Blumentag Abhilfe schaffen. Die Veranstalter geben sich sicherlich auch keiner Täuschung hin, wenn sie meinen, auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege" die erforderlichen Mittel zu schaffen. Hat doch der Blumentagsbettel die Genehmigung des Eisenbahnministers von Breitenbach gefunden und ist der Aufruf des Hauptausschusses von vielen hohen Eisenbahnbeamten unterzeichnet worden. Welcher Eisenbahnproletarier dürfte es da wagen, sich von dem „freiwilligen Liebeswerk" auszuschließen, wenn ihm so hohe vorgesetzte Herren einen derartigen Wink geben. Um ja nicht einen Hilfsweichensteller oder Eisenbahnarbeiter mit 2 Mk. Tagelohn der Gefahr auszusetzen, bei der Bettelei übergangen zu werden, ist folgende Organisation des Blumentages vorgesehen: An einem dieser Tage sollen in allen Behörden, Ämtern und Bureaus, bei allen Dienststellen und Außenbeamten, in den Aufenthaltsräumen des Lokomotiv- und Zugpersonals, in den Stellwerken, Weichensteller- und Bahnwärterhäusern, an allen Arbeitsstätten, wie Bahnhöfen, Güterböden, Werkstätten, Lokomotiv- und Wagenschuppen, auf den Bahnstrecken usw., durch Töchter von Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung Blumen und Blumenpostkarten zugunsten des Erweiterungsbaues des Christianenheims an Eisenbahnbedienstete verkauft werden . . . Namentlich werden die Dienstvorsteher — die Bureau-, Bahnhofs-, Güter-, Kassenvorsteher, Bahnmeister, Werkmeister — sowie auch die Wagenmeister, Werkführer und Rottenführer zu einem wirksamen Vertrieb der Blumen und Karten beitragen können. Sie alle werden freundlichst gebeten, uns hilfreich zur Seite zu stehen . . . Wenn es so gelingt, ohne alle Ausnahme jeden Beamten und Arbeiter um eine kleine Gabe anzugehen, wird reicher Erfolg nicht ausbleiben. Handelt es sich doch in unserer großen Verwaltung um mehr als eine halbe Million Beamte und Arbeiter! Besonders hervorgehoben wird in dem Aufruf, daß auch die Töchter des Eisenbahnministers v. Breitenbach sich dem Sammelwerk unterziehen! — Wenn diese neueste Form des Blumentagsrummels Schule macht, so können wir noch recht nette Dinge erleben!

Ein Opfer der Schreckensjustiz. Unter dem Eindruck der vom Wiener Landgericht gegen die Angeklagten vom 17. September gefällten Schreckensurteile hat sich der Arbeiter Krizenezky, der von Soldaten beschuldigt wurde, ein Messer gezückt zu haben, erhängt. Welch eine moralische Genugtuung für die Rachefanatiker im grauen Hause, dem Wiener Kriminalgericht.

Mord. Eine 75jährige Bäuerin, Marie Lusseau, wurde in der Gemeinde Verron bei La Fleche von zwei betrunkenen Soldaten in grauenhafter Weise durch Knüttelschläge ermordet und ihr Haus ausgeplündert. Die beiden Verbrecher wurden verhaftet.

Verdorbenes Fleisch. In dem belgischen Ort Gokomen sind nach dem Genuß von Schweinefleisch über 70 Personen an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. 8 Personen sind bereits gestorben. Mehrere schweben noch in Lebensgefahr.

Der furchtbare Zyklon, der am Dienstag in St. Petersburg wütete, hat zahlreiche Opfer gefordert. Das Wasser auf der Newa und in den Kanälen stand 5½ Fuß über Normalhöhe. Über 120 beladene Barken sind untergegangen.

Großfeuer. Auf dem Grundstück der Anglo American Oil Company an den Ufern des Schiffskanals in Manchester brach Feuer aus. Die Gebäude bildeten ein einziges Flammenmeer. Das brennende Petroleum ergoß sich auf die Landungsplätze. Erst nach drei Stunden gelang es, des Feuers Herr zu werden. Der Schaden wird auf 80 000 Pfund Sterling geschätzt.

Literarisches.

Das Stellenvermittler-Gesetz und die gastwirtschaftlichen Angestellten nennt sich eine vom „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen", Berlin N. 24, Große Hamburgerstraße 18/19, herausgegebene 91 Seiten starken Broschüre. Das Werkchen erläutert in kurzen Zügen das im Oktober 1910 in Kraft getretene Gesetz und bespricht dann an Hand reichlichen Materials die Unzulänglichkeit desselben. Gleichzeitig werden die Gebührensätze aus ca. 170 Städten angeführt. Die großen Unterschiede in der Höhe der Taxen beweisen, daß eine reichsgesetzliche Festsetzung unbedingt notwendig ist. Das Gesetz soll ja nach dem Willen des Gesetzgebers nur eine Übergangszeit regeln, denn mit der Ausbreitung der gemeinnützigen öffentlichen Nachweise müssen die privaten Vermittler verschwinden. Die Broschüre kostet nur 30 Pfg., was in Anbetracht des reichen Inhalts ein sehr geringer Preis ist.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.